

HINTERGRUNDPAPIER

# **Die große Transformation – Was soll wachsen und was nicht**

Wirtschaften und Leben innerhalb sozialer und ökologischer Leitplanken

Stefan Rostock & Stephanie Weller

## Zusammenfassung

Schon seit Beginn der umwelt- und entwicklungspolitischen Arbeit stellen sich dort Fragen, die eng mit den Grundfragen des Wirtschaftens verbunden sind. In den letzten Jahren ist die Frage des Wirtschaftswachstums stärker in den Blick gerückt. Mit dieser Broschüre zeigt Germanwatch einige der Hintergründe und Grundpositionen und diskutiert mögliche Schlussfolgerungen für zivilgesellschaftliche Akteure. Es werden die wichtigsten Gründe, die für und gegen die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum sprechen, diskutiert. Da Wachstum derzeit oft als Notwendigkeit gesehen wird, soll es im zweiten Kapitel um Wirtschaftswachstum als Paradigma gehen. Es wird genauer geschaut, was darf – aus sozialer und ökologischer Sicht – wachsen und was nicht. Ziel ist es hier, die Verhärtungen in der Debatte aufzubrechen und „Wachstum“ als leeres Wahlkampfschlagwort zu hinterfragen. Da der Rebound-Effekt ein zentraler Punkt der Wachstumsdebatte ist, hat dieser ein eigenes Kapitel bekommen. Außerdem werden noch die Themen Bevölkerungswachstum sowie Ungleichverteilung und Abstiegsängste aufgegriffen. Es werden Konzepte aus dem globalen Süden vorgestellt, die Anregungen für alternative Politik geben können. Im dritten Kapitel der Broschüre werden Lösungsansätze behandelt. So werden Resonanzen, die Konzepte Degrowth, Postwachstum, Suffizienz und Green Growth vorgestellt und es geht außerdem um soziale Sicherungssysteme und Arbeit in einem System ohne Wachstum sowie um Suffizienzpolitik. Ferner werden Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen dargelegt. Die Broschüre soll zivilgesellschaftlichen Akteuren Mut machen, sich in die Wachstumsdebatte einzumischen und die Frage: „Wie wollen wir leben?“ stärker über Milieugrenzen hinweg zu diskutieren.

## Impressum

### AutorInnen:

Stefan Rostock & Stephanie Weller

### Redaktion:

Daniela Baum

### Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn:

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin:

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Dezember 2016

Bestellnr: 16-6-01

ISBN 978-3-943704-52-5

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: [www.germanwatch.org/de/13222](http://www.germanwatch.org/de/13222)



Mit finanzieller Unterstützung NRW Stiftung Umwelt und Entwicklung.  
Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>1 Wachstum</b> .....	<b>5</b>
1.1 Rückblicke auf die Wachstumsdebatte.....	5
1.2 Soziale und ökologische Grenzen des Wachstums.....	5
1.3 Wachstum und Gerechtigkeit.....	7
1.4 Selektives Wachstum und inclusive growth.....	8
1.5 Kritik an der Wachstumsdebatte.....	8
1.6 Wachstumsparadigma.....	9
1.7 Rebound.....	10
1.8 Bevölkerungswachstum.....	11
1.9 Ungleichverteilung und Abstiegsängste.....	11
<b>2 Sichtweisen des „globalen Südens“</b> .....	<b>12</b>
<b>3 Lösungsansätze</b> .....	<b>14</b>
3.1 Transformation / Alternativen denken.....	14
3.2 Resonanzen.....	14
3.3 Postwachstum und Degrowth.....	15
3.4 Systeme ohne Wachstum.....	17
3.5 Soziale Fragen.....	18
<b>4 Möglichkeiten praktischer Arbeit – Optionen für zivilgesellschaftliche Herangehensweisen</b> .....	<b>26</b>
4.1 Debatte anstoßen.....	26
4.2 Wirtschaftskompetenz / neue Themen.....	28
4.3 Kommunikation.....	28
<b>5 Fazit / Ausblick</b> .....	<b>29</b>
<b>6 Literaturverzeichnis</b> .....	<b>30</b>

# Einleitung

Diese Broschüre ist das Ergebnis eines vor allem Germanwatch-internen Diskussionsprozesses zur Wachstumsfrage. In allen Germanwatch-Fachteams wird man mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, die sich auf dem Weg zu einer Transformation hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien und geschlossenen Stoffkreisläufen, also einer Entwicklung zwischen ökologischen (planetaren) und sozialen (menschenrechtlichen) Grenzen auftun. Dabei gab es schon vorher Austausch mit der Degrowth- und Postwachstumsbewegung und vertiefte interne Debatten, jedoch keine Debatte hin zu einer Germanwatch-Position. Die beiden Workshops, bei denen Germanwatch-MitarbeiterInnen mit ExpertInnen diskutierten, zeigten, dass die weitere Debatte zum einen besser formulierte Fragen und weiteren Forschungsbedarf braucht, zum anderen aber schon bestimmte Illusionen der Wachstumsrhetorik in der konkreten Entwicklung von (zivilgesellschaftlichen) Politikstrategien angegangen werden können. Dabei kann auf Erfahrungen und Chancen in der Auseinandersetzung mit Ansätzen aus den Ländern des globalen Südens, den Degrowth-, Green Growth und Postwachstumsdiskursen und der Suffizienzpolitik aufgebaut werden.

Wichtiges Anliegen ist es, Begriffe zu entpolitisieren, die Debatte in die Breite zu tragen und den ökologischen Diskurs enger mit dem menschenrechtlichen Diskurs zu verbinden. Erreichen will diese Broschüre mehr Engagement in der Debatte, vor allem in den Fragen zu Klimaschutz und Transformation: Welchen Innovations- und Investitionsschub braucht die nationale und internationale Transformation? Wie kann das „Weniger“ in Industrieländern gestaltet werden? Außerdem wird die Verbindung zu einer globalen (zwischen den Staaten) und nationalen (innerhalb der Staaten) Gerechtigkeitsdebatte gezogen und die Umverteilungsfragen gestellt.

Herausforderung dabei ist, dass es noch kein Beispiel für ein funktionierendes wachstumsloses System gibt, dafür aber viele Beispiele für relative Entkopplung. Im Dialog mit Südpartnern wird deutlich, dass die Erwartungen für den eigenen Entwicklungsweg in den Ländern des Südens zumeist hin zu klassischem Wirtschaftswachstum gehen. Ansätze, in denen auf Naturerhalt, Umverteilung, Genügsamkeit und weniger Wachstum gesetzt wird, werden skeptisch gesehen. Wir diskutieren, wie sie durch den Einsatz zivilgesellschaftlicher Akteure politikrelevanter werden können.

Derzeit müssen sich Industrieländer damit auseinandersetzen, wie die bestehenden Sozialsysteme in wachstumsarmen, bzw. -losen Zeiten („säkulare Stagnation“, Lawrence Summers) finanziert werden können. Diese notwendige Postwachstumsdebatte wird jedoch von vielen etablierten Akteuren gescheut.

Forschungsbedarf besteht zu Fragen der Umverteilung, der Lebensstile und den Investitionen für die Transformation (z.B. Infrastruktur). Dabei spielen die Erfahrungen, die derzeit gelebten Alternativen und zumeist lokalen sozialen Innovationen eine große Rolle in der Erprobung neuer zukunftsfähiger Lebensstile. Wir wollen, um den Dialog mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zu verbessern, schauen, wo Einigkeit herrscht und welche Ängste den Prozess blockieren. In dieser Debatte liegen viele Spannungen, aber nicht unbedingt Gegensätze in den Zielen und Wegen. Wir hoffen, mit der Broschüre einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Wachstums-Strategiedebatten, aber auch Anregungen für Debatten bei anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren geben zu können.

Wir bedanken uns bei allen ExpertInnen und KollegInnen, die während der Fachgespräche und im persönlichen Austausch zum Gelingen des Projektes und der im Projekt erstellten Produkte beigetragen haben.

Stefan Rostock & Stephanie Weller

# 1 Wachstum

## 1.1 Rückblicke auf die Wachstumsdebatte

Wachstum wird, vor allem in Wahlkampfzeiten, immer noch als Allheilmittel betrachtet. Die positiven Effekte von Wirtschaftswachstum sind unter anderem die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen, Armutsbekämpfung, die Ermöglichung des Wohlfahrtsstaats durch die Generierung von Steuereinnahmen, die Umsetzung von Innovationen, das Vermeiden sozialer Konflikte durch den „größeren Kuchen“, technologischer Fortschritt und die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten durch das Wirtschaftswachstum weite Bevölkerungsteile am erwirtschafteten Reichtum beteiligt werden. Ausbleibendes Wachstum führt hingegen unter anderem zu steigender Arbeitslosigkeit, einer Stagnation der Einkommen und verschärften Verteilungskonflikten. Beispiel für Wirtschaften, die derzeit nicht wachsen, sind Japan oder Griechenland.

Zusätzlich kann Wachstum auch zu ökologischen und sozialen Problemen führen, und es stellt sich die Frage, ob und wie wir überhaupt beeinflussen können, dass die Wirtschaft immer weiterwächst. Derzeit gibt es noch kein Wirtschaftssystem, bei dem das Wachstum absolut vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden konnte. Der Wettbewerb um Arbeitsplätze drückt Arbeit- und Sozialstandards, vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Aufgrund der niedrigen Wachstumsraten in vielen OECD-Ländern wird befürchtet, dass sich die westlichen Industriestaaten in einer säkularen Stagnation oder Postwachstumsgesellschaft befinden, d.h. in einer langanhaltenden Phase sehr niedrigen Wirtschaftswachstums. Viele Autoren gehen davon aus, dass wir uns bereits in einer Postwachstumsgesellschaft befinden. Diese Einführung möchte einige wichtige Punkte der Wachstumsdebatte aufgreifen und bewerten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschland selbst erfahren, wie eine Kombination von umfassenden Reformauflagen, Investitionspolitik durch einen Marschallplan und ein großzügiger Erlass von Schulden (1953) den Weg zu einer demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung geebnet hat. Allerdings hinkt diese Analogie, weil heute in ganz anderem Maße ökologische Rahmensetzungen eine Rolle spielen müssen und vieles dafür spricht, dass die „alten“ Wachstumsraten schlicht nicht mehr zu erreichen sind. Die Vorbereitung auf eine Postwachstumsgesellschaft muss in den Industrieländern deshalb angegangen werden.

Es gab also viele gute Gründe, nach Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu streben. Allerdings wird es gefährlich, wenn gesellschaftliche Stabilität nur durch Wachstum erreicht werden kann. Auch wird das Wachstum nicht mehr zur Befriedigung konkreter Bedürfnisse angestrebt, sondern um Schlimmeres abzuwenden. Trotz Wachstum hat die soziale Ungleichheit in Deutschland in den letzten Jahrzehnten zugenommen und es findet eine Prekarisierung in der Arbeitswelt statt. Wachstum, welches nicht vom Ressourcenverbrauch abgekoppelt ist, führt zu ökologischen Herausforderungen.

## 1.2 Soziale und ökologische Grenzen des Wachstums

Der Blick auf die Auswirkungen der Klimakrise durch vom Menschen emittierte Treibhausgase verdeutlicht sehr gut, dass Handlungsbedarf besteht. So war ein Ergebnis des 4. IPCC-Berichts, dass die Industrieländer die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 85 Prozent und die Entwicklungsländer um 50 Prozent verringern müssten, um die Erderwärmung auf unter 2 °C zu begrenzen.

Der G7 Gipfel auf Schloss Elmau/Deutschland in 2015 hat sich für die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ausgesprochen. Der UN-Generalversammlung im September 2015 war der Sondergipfel zur nachhaltigen Entwicklung angekoppelt. Dort haben alle 195 Staaten der Welt im Rahmen der Agenda 2030 die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung angenommen und haben damit den Kompass für die Transformation der Welt justiert. Hier geht es nicht einfach um Wachstum (Ziel 8), das oft genug selbstzerstörerisch ist, sondern um selektives und inklusives Wachstum. Nachhaltige Strukturen müssen wachsen, nicht-nachhaltige Strukturen müssen zugleich abgebaut werden.

Angesichts der heftigeren Folgen der Klimakrise hat die Staatengemeinschaft im Dezember 2015 im UN-Klimaabkommen in Paris beschlossen, die globale Erwärmung auf unter 2 °C und möglichst nahe an 1,5 °C zu begrenzen.

Schon im Jahr 2006 legte Nicholas Stern im Auftrag der britischen Regierung den „Stern Review on the Economics of Climate Change“ vor, darin die Feststellung: Der Klimawandel ist die Folge des größten Marktversagens, welche die Völkergemeinschaft je in Kauf genommen hat. Die Leistung der Studie ist die Auflistung des Wissens zu drei zentralen Fragen: Wie hoch ist der Schaden, den die ungebremsste Erderwärmung verursacht? Wie viel Geld müsste die Menschheit aufbringen, um sich mehr schlecht als recht an die wärmeren Zeiten anzupassen? Und: Was kostet im Vergleich dazu der Klimaschutz, die deutliche Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes? Ein makroökonomisches Modell, gefüttert mit den Daten, lässt Stern zu dem Ergebnis kommen, dass Klimaschutz – anders als manche meinen – das Wirtschaftswachstum nicht schmälert, sondern langfristig sogar fördert.

Der Klimawandel, der Verlust an biologischer Vielfalt, Überfischung, Landnahme, Bodenerosion oder Wasserknappheit zeigen in vielen Regionen bereits ökologische Grenzüberschreitungen (Planetare Grenzen, Rockström 2009). Teilweise irreversible Umkippeffekte können gravierende Folgen für die Umwelt, aber auch für Wirtschaft und Menschen haben.

Bereits 1972 wies Meadows in „Die Grenzen des Wachstums“ darauf hin, dass es nicht gut gehen kann, wenn die Bevölkerungszahl und die Wirtschaft immer weiterwachsen. Rockström et al. entwarfen die neun planetaren Grenzen, die nicht überschritten werden sollten, um das Wohlergehen der Menschen sicherzustellen. Vier der neun Grenzen sind nach Angaben des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung bereits überschritten.

Die Verletzung sozialer Grenzen zeigt sich zunehmend in Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in Vertreibungen und unwürdigen Arbeitsbedingungen. Zudem werden die positiven sozialen Aktivitäten aufgrund fehlender Gelder oder Zeitmangel zurückgedrängt. Dies kann vermehrt zu psychischen Erkrankungen wie Burnout, Depressionen, Stress usw. führen. Darüber hinaus verschärfen Umweltprobleme soziale Stresssituationen.

Eine Erweiterung der planetaren Grenzen bietet der Donut von Kate Raworth, der auch soziale Aspekte und Fragen der sozialen Gerechtigkeit miteinbezieht. Fazit ist, dass wir mit den planetaren Grenzen sowie den Menschenrechten harte Grenzen haben, die einzuhalten sind. Wir brauchen also Konzepte, die beide Grenzen im Blick haben.

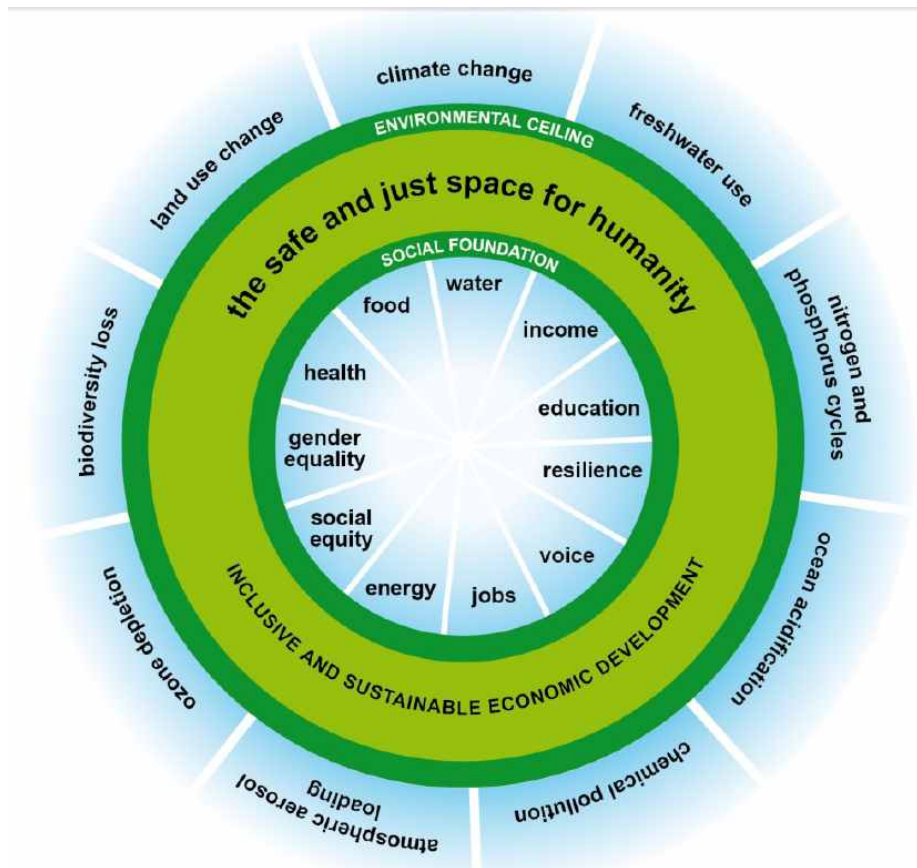


Bild: Der Raworth-Donut der sozialen und planetarischen Grenzen (© Kate Raworth, „A safe and just space for humanity: Can we live within the doughnut?“ discussion paper, Oxfam, Oxford, auf Grundlage von Rockström et al. (2009), „A safe operating space for humanity“, Nature, No. 461, 2012, S. 472–475)

## 1.3 Wachstum und Gerechtigkeit

„Richtige Fragen finden ist wichtiger als eindeutige Positionen, die sich bei dieser Thematik verbieten“, war eine Position aus den Expertengesprächen. Es gibt eine Spannung zwischen „Ohne Wachstum geht es nicht“ (Entwicklungsdebatte) und „Wachstum ist das Problem“ (Ökologie-Debatte), denn beide Extreme eignen sich – für sich alleine genommen – nicht zur Lösung der Herausforderungen. 14 Ziele der SDGs sind sozioökonomische Ziele, die ohne Wachstum nicht erreichbar. Wenn diese Ziele mit heute gängigem Wachstum erreicht werden, würden Klima, die Ozeane und die Biodiversität (Ziele 13, 14, 15) weiter geschädigt.

Es gäbe derzeit drei Wege zur Problemlösung: entweder a) eine weniger stark konsumierende oder eine geringere Bevölkerung, b) ein geringeres Bruttoinlandsprodukt (BIP), allerdings ist hier kein weltweiter Konsens in Aussicht oder c) eine absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch. Weniger Rohstoffverbrauch ist politisch noch am ehesten durchsetzbar.

Die reichsten 10 Prozent der Menschen sind für etwa 50 Prozent des Klimaproblems verantwortlich, deshalb ist eine Differenzierung wichtig. Es muss weniger in nationalen Kategorien gedacht werden und mehr in sozialen Schichten, um Verlagerungseffekte nationenübergreifend nicht auszuklammern. Es sind unterschiedliche Strategien notwendig. Es braucht eine Strategie für die oberen 10 Prozent (davon kommen 70 Prozent aus den Industrieländern und 30 Prozent aus den Schwellenländern, 2030 etwa 50:50) und es braucht andere Strategien für die globale Mittel-

schicht, für die relativ Armen und für die ganz Ausgeschlossenen. Die Hälfte der Ärmsten ist nur für 10 Prozent der Emissionen verantwortlich. Bei 50 Prozent der Ärmsten ist die Frage des ökologischen Fußabdrucks eng mit sozialen Fragen verknüpft. Wir brauchen eine Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch von Wachstum und überdies pragmatische Lösungen, um damit bereits arbeiten zu können. Dies ist wichtiger als die Lösung der ideologischen Frage.

Der Transformationspfad, der notwendig ist, um Infrastrukturen und Konsum- sowie Produktionsweisen auf einen nachhaltigen Pfad zu lenken, wird wahrscheinlich den bislang größten Wachstumsschub auslösen, da u.a. die Infrastruktur weltweit umgebaut werden muss. Die These des vorübergehenden Wachstumsschubs durch einen Umbau der Infrastruktur ist jedoch zu hinterfragen, da dem Zubau von nachhaltigen Branchen ein Abbau von nicht nachhaltigen gegenübersteht. Was das konkret für die Wachstumsindikatoren bedeutet, ist noch nicht klar. Viele hier betroffene Sektoren machen nur einen sehr kleinen Teil des BIP aus. Es herrscht Einigkeit darüber, dass das BIP durch einen anderen Wohlfahrtsindikator ersetzt werden muss. Es ist zu eng gedacht und zeugt von einem unscharfen Wachstumsbegriff, einfach nur weniger Wachstum zu fordern. Der Papst hat in seiner Enzyklika „Laudato Si“ von Rezession gesprochen. Eine Rezession führt zu sozialen Problemen. Es muss daher präziser gesagt werden, was gewollt ist.

## 1.4 Selektives Wachstum und inclusive growth

Es handelt sich um eine ökonomische Engführung der Debatte, wenn nach dem Ende des Wachstums gerufen wird. Die Frage nach Postwachstum wird oft zu leichtfertig gestellt. Es muss vielmehr die Frage gestellt werden, was wachsen (Sozial- und Umweltkapital) und was schrumpfen sollte (Energie- und Rohstoffverbrauch). Selektives Wachstum ist hier das Stichwort. Nullwachstum genauso wie vorgegebene Wachstumsraten werden nicht pauschal als sinnvoll betrachtet. Massive Investitionen in nachhaltige Strukturen (z. B. Landwirtschaft, Gebäude, Verkehr, Energie) sind nötig, dafür müssen die Investitionen in anderen Bereichen in diesen Sektoren deutlich abgebaut werden – oft auch bestehende Infrastruktur ab – oder umgebaut werden. Es muss eine „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter) nicht nachhaltiger Strukturen stattfinden. In welchen Bereichen kann man einfordern, dass diese nicht mehr wachsen sollten? Es ist wichtig, dass deutlich gesagt wird, was wachsen soll und was nicht. Der Vorteil vom „selektiven Wachstum“ gegenüber dem „qualitativen Wachstum“ ist, dass politische Entscheidungen getroffen werden müssen. Qualitatives Wachstum klingt erst einmal gut, kann aber auf unterschiedliche Art und Weise definiert werden. Beim selektiven Wachstum muss entschieden werden, was wachsen soll und was nicht. Somit fördert selektives Wachstum politisches Handeln. Darüber hinaus braucht es „inclusive growth“, das die Ungleichheit weltweit angeht. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer und Armut ist ein großes Problem. Dies macht deutlich, dass derzeit die Wachstumseffekte nicht bei allen ankommen. Das Konzept inclusive growth möchte mithilfe von Steuerreformen, Reformen in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt, sicherstellen, dass Wachstum bei allen ankommt. Es braucht beides: Fairness und Effizienz. Das Wohlbefinden der Menschen ist auch von Bildung, sozialen Beziehungen, bürgerschaftlichem Engagement, öffentlichen Dienstleistungen, der Umwelt und dem Gesundheitssystem abhängig.

## 1.5 Kritik an der Wachstumsdebatte

Oft scheint es als stünden sich die, die nachhaltiges Wachstum fordern (Green Growth, selektives/qualitatives Wachstum, Entkopplung usw.) und die, die eine Stabilisierung ohne Wachstum wollen (Postwachstum, Solidarische Postwachstumsökonomie, Degrowth), verhärtet gegenüber obwohl es hilfreicher wäre, gemeinsam nach konkreten Lösungsschritten zu suchen.



Zum einen bräuchte es gezieltes Wachstum, um soziale Ausgrenzung, Armut und die Klimakrise in den Griff zu bekommen, gleichzeitig aber auch eine Transformation der Gesellschaft hin zu nachhaltigen Lebensentwürfen, die kulturelle Vielfalt ermöglichen. Die Debatte um gutes Leben innerhalb sozialer und ökologischer Leitplanken hat gerade erst angefangen.

Was in der Wachstumsdebatte bisher fehlt, ist eine ernsthafte Antwort auf die soziale Frage, auch zwischen globalem Süden und Norden. Es fehlt ein Diskurs mit dem globalen Süden und den dortigen Diskursen. Die Degrowth-Debatte wird deshalb auch oft als Wohlstandsdiskussion und europäisch-US-amerikanische Debatte kritisiert. Hilfreich wäre es, wenn die Debatte praktischer und konkreter würde. Wie kann man zum Beispiel den Energiesektor ändern und wie kann man Investitionen besser hin zu nachhaltigen Anlageoptionen lenken? Wie kann man Lock-in-Effekte verhindern? Wie können die Emissionen und Erwärmungswirkungen durch das Fliegen verringert werden? Wie geht man damit um, dass sich viele Menschen Flüge gar nicht leisten können? Es müssen Alternativen gedacht und New Policy Scenarios entworfen werden. Hier fehlt es bisher an systematischen Ansätzen.

## 1.6 Wachstumsparadigma

Ziel vieler Diskussionen ist es, sich vom Wachstumsparadigma freizumachen, also davon, dass klassisches Wachstum unbedingt notwendig sei. Ein Problem des Wachstumsparadigmas ist, dass das Wachstum immer als Vorwand genommen wird, nichts zu ändern („das schadet dem Wachstum“). Diese Alternativlosigkeit scheint nicht berechtigt. Die Orientierung am Wirtschaftswachstum verhindert Lösungen, weil Beeinträchtigungen des Wachstums (sich beziehend auf das BIP) befürchtet werden. Wirtschaftswachstum oder Degrowth sind beides kein Selbstzweck. Der Rahmen für die weitere Debatte sollte sein, dass Strukturen in der Gesellschaft so umgebaut werden, dass sie zum einen planetare Grenzen und menschenrechtliche Vereinbarungen stützen und zum anderen nicht vom permanenten Wirtschaftswachstum abhängig sind. Wenn das 1,5–2 °C-Limit eingehalten, planetare Grenzen respektiert werden können und ein gutes Leben und Wirtschaften möglich ist, dann ist Wachstum nicht mehr die relevante Frage.

Damit man politisch weiterkommt, muss die zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte das Wachstumsparadigma anfechten. Dies ist aufgrund verschiedener Ängste (z.B. der Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen) und Vorbehalte schwierig. Das Ende von „Wachstum“ als leere Wahlkampfformel ist gekommen.

Die Environmental Kuznets Curve zeigt – nicht unumstritten –, dass Reichtum mit viel und Armut mit wenig Schaden für die Umwelt einhergeht. Ähnliches wurde vom Umweltbundesamt 2016 gezeigt, als die pro-Kopf Verbräuche in Deutschland näher untersucht wurden: Nahezu unabhängig von den persönlichen Einstellungen korrelierte der ökologisch und soziale Fußabdruck mit dem Einkommen. Die ökonomische Argumentation ist, dass man wachsen muss, um die Umwelt schützen zu können. Es ist bisher politisch nicht diskutierbar (und für die Sozialsysteme auch nicht leicht umzusetzen), dass die Wirtschaft schrumpfen soll. Aber die Hoffnungen auf Beschäftigung und Wohlstand stimmen nicht mehr, da die ökologischen und sozialen Schäden zu groß und sichtbarer geworden sind. Das Wachstum ist nicht mehr der vielseitige Problemlöser, der es einmal war. Allein schon der Rückgang der Wachstumsraten in den Industrieländern weltweit ist ein Argument sich als Vorsichtsmaßnahme auf eine Postwachstumsgesellschaft vorzubereiten. Eine Postwachstumsgesellschaft ist eine Gesellschaft, die zur Finanzierung ihrer Sozialsysteme nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist.

Man kann sich auf die Felder konzentrieren, die für eine gelingende Transformation wachsen sollen (Erneuerbare Energie, Umwelttechnik, zukunftsfähige öffentliche Mobilität, ...); das ist vermittelbar, droht aber im Wachstumsparadigma zu verharren. Harte Instrumente werden politisch erst

akzeptiert werden, wenn wir uns von der Wachstum-Voraussetzung freigemacht haben. Die Konzentration auf das „was darf wachsen“ birgt die Gefahr, die politische Wachstum-Rhetorik und Rahmenbedingung zu erhalten.

Zudem ist es vielleicht nicht klug, den Wachstumsbegriff über positive Aspekte des Wachstums retten zu wollen. Lieber sollte man wohl andersherum fragen, was das gute Leben für die Wachstumsdebatte bedeutet.

Hilfreich kann es sein, die Debatte auf folgende Fragen zu fokussieren: Wie kann eine Gesellschaft ohne Wachstum funktionieren? Wie kann man sich von der Fokussierung auf Wachstumstreiber verabschieden? Welche psychologischen und soziologischen Herausforderungen stellen sich? Wie kann eine Gesellschaft so strukturiert werden, dass sie nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist? Aber allein schon, um diese Fragen zu diskutieren, müsste man sich vom Wachstumsparadigma lösen.

## 1.7 Rebound

Effizienz: „besser“ – Weniger Material/Energie für gleiches Produkt/ gleiche Dienstleistung

Konsistenz: „anders“ – Naturverträglichkeit (Kreislauf, erneuerbar...)

Suffizienz: „weniger“ – Wieviel brauchen wir wirklich?

Resilienz: „belastbarer, widerstandsfähiger“ – Externen Schocks besser widerstehen können.

Effizienzstrategien zeichnen sich durch die quantitative Verringerung des Ressourceninputs bei Erzeugung desselben Nutzens aus und Konsistenzstrategien durch die qualitative Veränderung durch neue Technologien mit dem gleichen Nutzen.

Mithilfe von Effizienz- und Konsistenzstrategien (d.h. der Ressourceninput wird quantitativ bzw. durch bessere Technologien qualitativ verändert) sollen Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Jedoch wird durch diese Strategien oft ein Mehrkonsum ausgelöst, dadurch, dass Geld eingespart wird, das nun anderweitig ausgegeben wird; der Preis einer Ressource sinkt, die dadurch verstärkt nachgefragt wird; ein gutes Öko-Gewissen sich gerne etwas gönnt; effizientere Technologien zusätzlich zu den alten eingesetzt werden (der ökologische Zweitwagen...), anstatt diese zu ersetzen und ein Wachstumsschub stattfindet. Man kann zwischen mikro-, makro- und meso-ökonomischen Rebound-Effekten unterscheiden. Mikro-ökonomische Rebound-Effekte umfassen die Handlungen der Konsumenten, während die meso-ökonomischen Rebound-Effekte sich um die produzentenseitigen Rebounds kümmern. Wir haben es mit vielen verschiedenen Arten von Rebound-Effekten zu tun und es besteht zum Beispiel großer Forschungsbedarf, psychologische und Cross-Factor-Rebound-Effekte zu untersuchen sowie das Ausmaß produktions- und energiebedingter Rebound-Effekte zu berechnen. Für die Erforschung psychologischer Rebound-Effekte ist außerdem ein elaborierteres Verständnis menschlichen Verhaltens notwendig. Es gilt außerdem zu beachten, dass Unternehmen gewinnmaximierend handeln und deshalb versuchen, das Potential von Rebound-Effekten auszuschöpfen. Konkurrenz und Wettbewerb spielen hierbei eine verstärkende Rolle. Diese Gründe sprechen dafür, dass Effizienz- und Konsistenzstrategien alleine nicht ausreichen. Hierauf wird im dritten Kapitel dieser Broschüre noch genauer eingegangen.

Um den Rebound-Effekt anzugehen, braucht es neben Effizienzstrategien unter anderem Suffizienz- und Lebensstilpolitiken, eine ordnungspolitische Steuerung, ökonomische Instrumente wie Ökosteuern, eine ökologische Finanzpolitik und einen Wandel in der Wirtschaft. Die Ökosteuern sollten international abgestimmt sein und müssten so konstruiert sein, dass der Anreiz für Effi-

zientinnovationen nicht ausbleibt. Absolute, globale Grenzen für Energie-, Material- und Ressourcenkonsum wären sicherlich vielversprechender, Erfahrungen aus regionalen Deckelungsversuchen, wie dem EU-Emissionshandel, sind dabei auszuwerten.

Weitere wichtige Fragen sind, ob sich die Produktionsfaktoren Energie und Kapital eher wie Substitute verhalten, so dass der Einsatz von Energie durch Investitionen in effizientere Technologien ersetzt werden kann oder ob diese eher eine verstärkte Nachfrage nach Energie mit sich bringen. Sowie ob bei höheren Investitionen in Maßnahmen zur Energieeffizienz die Produktionsmächtigkeit von Kapital in gleichem Umfang zunimmt wie die Produktionsmächtigkeit von Energie bei sinkendem Energieverbrauch abnimmt und in welchem Wechselverhältnis sich die Produktionsmächtigkeiten ändern. Außerdem müssen Kombinationsvarianten aus Einkommens- und Substitutionseffekten nutzer-, produkt-, preis- und zeitspezifisch durchgegangen werden.

## 1.8 Bevölkerungswachstum

Denkt man an begrenzte Ressourcen und Umweltverschmutzung, so denkt man oft gleich auch an das Bevölkerungswachstum. Vor allem da viele Menschen nach einem Wohlstand auf Industrieländer-Niveau streben und dies auch zunehmend erreichen. Lebten alle Menschen so wie die Menschen in Europa, so bräuchte es fast drei Erden. So forderte Meadows in „Die Grenzen des Wachstums“ schon 1972, dass die Geburtenrate der Sterberate angepasst werden müsse.

Ein Bevölkerungswachstum von ca. 30 Prozent auf 9,3 Milliarden Menschen bis 2050 wird Produktion und Konsum antreiben, wenn die Gesellschaften stabil bleiben. Dieses Wachstum, kombiniert mit einem dreifachen Anstieg an Konsum pro Kopf, würde die Weltwirtschaft um das Vierfache vergrößern und es würde 80 Prozent mehr an Energie benötigt. Bisher haben bevölkerungsreiche, weniger "entwickelte" Länder am wenigsten zu den Treibhausgasemissionen beigetragen, da ein Großteil der Bevölkerung in Armut lebt. Das bedeutet, dass Bevölkerungswachstum keine Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen hat, solange die Menschen arm bleiben. Da aber ein wichtiges und erstrebenswertes Ziel ist, die Armut zu verringern, gewinnt das Thema Bevölkerungswachstum an Bedeutung. Doch wie können Voraussetzungen für eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums geschaffen werden? Ein wichtiger Hebel ist der Zugang zu Bildung. Auch eine nachhaltige Welt mit 9 Milliarden Menschen ist vorstellbar. Statt das Bevölkerungswachstum anzugehen, könnten Produktion, Konsum und Verteilung angegangen werden.

## 1.9 Ungleichverteilung und Abstiegsängste

Die Bekämpfung der Armut ist wahrscheinlich das wichtigste Argument für Wachstum. Es herrscht Einigkeit darüber, dass Wachstum Wohlstand schafft und die Umverteilung von Einkommen erleichtert (diese aber nicht automatisch erfolgt) und somit auch Verteilungskonflikte abschwächen kann. In wirtschaftlich wachsenden westlichen Gesellschaften wuchs auch die Kluft zwischen Arm und Reich, jedoch konnten die Armen bisher auch zumeist am Wachstum teilhaben. Derzeit wachsen die Gesellschaften in den Ländern des Südens stärker, Mittel- und Unterschichten in Industrieländern erleben Stagnation bzw. Abstiege. In einer Gesellschaft mit wenig oder ohne Wachstum nimmt die Sprengkraft davon zu, da der Kuchen nicht mehr wächst, sondern der gleiche Kuchen verteilt wird. Jedoch ist die soziale Ungleichheit trotz Wachstum größer geworden. Die Reallöhne sind extrem weit auseinandergegangen und 30–40 Prozent der Einkommen in den oberen Milieus kommen aus Kapitaleinlagen, die extrem ungleich verteilt sind. Die Umverteilung von Arm nach Reich ist die Voraussetzung dafür, dass die Industrieländer auf den Weltmärkten noch bestehen können. Solange der Reichtum der Reichsten wächst, schrumpft das der anderen, zumal bei

wachsender Weltbevölkerung. Das Versprechen „Wenn der Wachstumsmotor wieder anspringt, dann geht es auch allen besser“ wird immer in die Zukunft ausgelagert. Die Fokussierung auf Wachstum entpolitisiert die Debatte. Es gibt einen immer größeren Teil von Menschen, die ganz ausgeschlossen sind. Eine wachstumslose Gesellschaft würde die sozialen Probleme verschärfen. Bisher wurden noch keine Antworten darauf gefunden. Zielkonflikte und gesellschaftliche Konflikte verschärfen sich ohne Wachstum. Gerechtigkeit hat sich durch Wachstum jedoch auch nicht eingestellt. Im Moment sehen wir einen Rechtsruck in Deutschland und vielen anderen Ländern. Ist dies eine Antwort auf die nicht mehr so stark wachsende Gesellschaft oder eher auf Migration und Unübersichtlichkeit? Die Probleme können nicht mehr ferngehalten werden und dies ruft Angst hervor. Jedoch erlebte die USA früher eine größere Migrationswelle und es kam trotzdem nicht zu einem starken Rechtsruck. Dies würde dafür sprechen, dass die Kombination aus weniger Wachstum und extremer Ungleichverteilung sowie die unsicher gewordenen Einkommen bei der Mittelschicht in Deutschland Grund für den Rechtsruck sind. Wahrscheinlich ist jedoch die Gesamtsituation für den Rechtspopulismus maßgeblich. Oder haben wir es in Deutschland doch eher mit einer populistischen Querfront von ganz links nach ganz rechts zu tun?

Transformation kann nur gelingen, wenn die sozialen Ängste der Menschen ernst genommen und Lösungen (mit ihnen) entwickelt werden.

Die Verteilungsfragen müssen massiv angegangen und Schwerpunkte gesetzt werden. Was können Maßnahmen sein, um Ungleichheit (z. B. geringe Vergütung bei Pflegeberufen) zu verringern? Es muss über Reglementationen nachgedacht werden. Was kann hier steuerlich getan werden? Die Verteilungsfrage ist ein sehr weites Feld. Wie unterteilt man sie? Unterteilung in a) regional/national/ europaweit oder weltweit? und b) Zielgruppen: Politik (Finanzministerien etc.) und Unternehmen? Es braucht außerdem unterschiedliche Strategien für die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, die als Verursacher und Besitzer des Reichtums eine Herausforderung für gerechtere Verteilung darstellen, für die globale Mittelschicht, für die nachhaltige Lebensstile gefunden werden müssen, ebenso für die marginalisierte Bevölkerung, die zu Recht auf bessere Lebensbedingungen setzt. Außerdem müssen auch die Machtstrukturen, die mit der Verteilungsfrage zusammenhängen, angegangen werden.

## 2 Sichtweisen des „globalen Südens“

Die westliche Kultur mit der Idee vom individuellen guten Leben stellt den Menschen ins Zentrum. Nach Kant schreibt der Mensch der Natur die Gesetze vor. So wird Natur zu ausbeutbaren Ressourcen, und es gibt keine Verbindung zwischen Mensch und Natur mehr. Aber haben nicht Tiere und Natur auch ein Recht auf Leben? Brauchen wir nicht einen holistischeren Blick auf Mensch und Natur? Und spielt nicht auch die Kultur eine große Rolle? Indigene Gemeinschaften haben andere Beziehungen zur Natur und andere Definitionen von Reichtum. Der Oxfam-Donut (siehe S. 7) kann zu einer holistischeren Sichtweise beitragen, da er soziale Grenzen und planetare Grenzen berücksichtigt. Beispiele für drei alternative Konzepte aus dem globalen Süden sollen hier kurz vorgestellt werden.

### Buen Vivir

In Ecuador und Bolivien wurden im Jahr 2011 neue Verfassungen geschaffen. Linke Regierungen haben das Ziel, das neoliberale Wirtschaftsmodell zu beenden und haben das „gute Leben“ in ihren Verfassungen verankert. Das Konzept des Buen Vivir, auch wenn es uns so vertraut vorkommt, sollte nicht unterschätzt werden, da es in der andinen Tradition verwurzelt und sehr kom-

plex ist. So hat Buen Vivir nichts mit dem individuellen guten Leben zu tun, sondern funktioniert nur in der Gemeinschaft. Die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen ist Ziel des Konzepts, das die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen verurteilt. Elementarer Teil des Konzepts ist die Anerkennung der Pluralität der indigenen Gemeinschaften. Die christlich-okzidentale Tradition wird als ego- und eurozentrisch abgelehnt. Beide Länder haben der Natur Eigenrechte gegeben. Überdies ist der Ansatz manchen Entwicklungsdebatten im "Norden" in dem Sinne voraus, dass er der Natur eigene Rechte zuerkennt und auch politisch vorgeht. Deshalb sollte die Debatte keinesfalls ohne Akteure aus dem Süden geführt werden. Der Verfassungsrang von Buen Vivir ist noch keine Garantie für die tatsächliche Umsetzung, doch ist es zumindest ein Anfang.

## Bruttonationalglück

Die Kritik am BIP ist wichtiger Bestandteil des Wachstumsdiskurses. Im Jahr 2010 hat beispielsweise die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ einen Indikatorenansatz entwickelt. Dieser ist jedoch in der breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt und findet bisher keine Anwendung. In Bhutan wurde 2008 das Bruttonationalglück als alternative Messung vom König des kleinen Landes eingeführt. Nicht die Wirtschaftsleistung des Landes, sondern das Glück des Einzelnen ist Ziel der Politik. Das Bruttonationalglück beruht auf vier Säulen: Kultur, Umwelt, eine gute Regierungsführung und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Es steht außerdem mit dem Buddhismus in Verbindung. So ist das Ziel gesellschaftlicher Entwicklung in Bhutan, alles zu beseitigen, was das Erreichen von Erleuchtung und Glück behindern könnte.

## Ubuntu

Ubuntu bedeutet so viel wie Gemeinsinn und Menschlichkeit und ist eine afrikanische Lebensphilosophie, die Anerkennung, wechselseitigen Respekt, Achtung der Menschenwürde und eine harmonische und friedliche Gesellschaft umfasst. Auch Teilen, Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen sowie das Bewusstsein, Teil eines Ganzen zu sein sind wichtige Bestandteile von Ubuntu. Nach dem Konzept erlangt der Mensch wahre Menschlichkeit erst durch andere Menschen. Auch Ubuntu grenzt sich von der westlichen Philosophie ab, in der das Individuum im Zentrum steht und stellt das Gemeinwohl an erste Stelle. In der afrikanischen Kultur ist jede Person ein Arbeiter, der körperlich oder mental der Familie, dem Land oder der Gemeinschaft dient. Es ist nicht entscheidend, ob Aufgaben für Geld oder unentgeltlich ausgeübt werden.

Ubuntu ist jedoch nicht nur ein ethisches Konzept, sondern im südlichen Afrika auch politisch wirkmächtig. Im Kampf gegen die Apartheid war Ubuntu Schlüsselbegriff und auch die demokratische Post-Apartheid-Ordnung Südafrikas gründet auf einer geteilten Menschlichkeit. Wie Buen Vivir handelt es sich auch bei Ubuntu um ein sehr komplexes Konzept, das nicht leicht zu definieren ist.

Alberto Acosta schrieb im Atlas der Globalisierung „Weniger wird mehr“: „Das Postwachstum, die Wachstumsrücknahme, wird weit über die Verringerung des materialen Ressourcenverbrauchs hinausgehen müssen. Es wird, ganz im Sinne der lateinamerikanischen Debatten über das Gute Leben, um eine Neudefinition des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur gehen. Die Wirtschaft sollte dem Wert des Lebens und nicht der Verwertung des Kapitals dienen; weitere wichtige Schritte sind die Dekommerzialisierung der Natur und der Gemeingüter, die Dezentralisierung des Produktionsapparats sowie die Umverteilung von Reichtum und Macht. Anstatt die Trennung von Natur und Mensch aufrechtzuerhalten, gilt es eine Wiederannäherung zu ermöglichen [...]. Möglich wird dies nur, indem wir, neben den Menschenrechten, auch die Rechte der Natur im globalen Maßstab einfordern.“ (Le Monde 2015, S. 125).

## 3 Lösungsansätze

### 3.1 Transformation / Alternativen denken

In Kapitel 2 wurden Ansätze aus dem globalen Süden vorgestellt. Da diese aus einem anderen Kulturraum sowie aus anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten kommen, ist es schwer, diese auf Deutschland anzuwenden, jedoch ist ein holistischerer Blick auf Mensch und Umwelt auch bei uns dringend notwendig. In diesem Kapitel soll es um mögliche Lösungsansätze gehen. Auf der einen Seite müssen Alternativen aufgebaut und gleichzeitig Bestehendes transformiert werden. Idealerweise werden diese beiden Ansätze dann zusammengeführt. Die Kombination aus den beiden Ansätzen ist zentral für eine Transformation.

### 3.2 Resonanzen

Glück und das gute Leben werden in unseren westlichen Gesellschaften mit Wachstum und Steigerung gemessen. Qualität wird an Zuwachsraten festgemacht. Das Postwachstumskolleg in Jena versucht alternativ eine neue Messung von Lebensqualität zu entwerfen, die auf der Beseitigung von Entfremdung und Sicherung von Resonanzerfahrungen beruht.

Entfremdung bedeutet, dass wir frei handeln, aber das, was wir tun, eigentlich gar nicht wollen. Es findet eine Entfremdung vom Raum, den Dingen, den eigenen Handlungen, der Zeit und von uns selbst sowie anderen durch Beschleunigung statt. Beispielsweise nehmen Intensität und Dauerhaftigkeit von Begegnungen durch die Menge und Vielfalt ab.

Der Soziologe Hartmut Rosa schreibt, dass Wachstum Beschleunigung bedeutet. Die kapitalistische Gesellschaft muss immer weiterwachsen, muss sich dynamisieren, um sich zu erhalten. Dadurch verändert sich auch das Verhältnis der Menschen zur Welt. „Beschleunigung und Zeitknappheit belasten die Qualität unserer Weltbeziehungen: unserer Beziehung zur Natur, zu unserer Arbeit, zu unseren Mitmenschen und zu unserem eigenen Körper. [...] Das Zeitproblem steht im Zentrum der Wachstumsproblematik“ (Le Monde 2015, S. 43). Hier wird Beschleunigung zum Problem, der Steigerungszwang führt zu einer gestörten Weltbeziehung der Gesellschaft. Rosa sieht eine ökologische Krise, eine „Psychokrise“ (Burnout) und eine Krise der Demokratie (Politikverdrossenheit). Die Umwelt kann mit der sozialen Beschleunigung nicht mithalten, die ökonomisch-technische Beschleunigung steht immer zeitintensiveren demokratischen Entscheidungsprozessen gegenüber, Finanztransaktionen entkoppeln sich von Produktion und Konsum und technologische Veränderungen mindern den Wert der Weitergabe von kulturellem Wissen und kulturellen Normen. Aber dieses gestörte Weltverhältnis ist nicht nur Folge der Beschleunigung, sondern auch gleichzeitig Ursache, und so haben wir es mit einem Teufelskreis zu tun. Da das Gelingen eines jeden Lebens von der menschlichen Weltbeziehung abhängt, ist es wert, sich damit auseinanderzusetzen. So garantieren Wohlstand und Ressourcen keinesfalls ein gelingendes Leben, und trotzdem wird dies so propagiert. So streben viele Menschen nach mehr Einkommen, Gesundheit, Selbstoptimierung und möglichst vielen Freunden. Dies sind alles wichtige Dinge für ein gutes Leben, trotzdem ist der Besitz dieser nicht Gleichzusetzen mit einem guten Leben. Viele Menschen streben nach immer mehr und vergleichen sich mit dem Rest der Gesellschaft, die dasselbe tut. Der Maßstab des Work-Life-Balance zeugt davon, dass Arbeit und somit das Streben nach mehr oft so einnehmend ist, dass die Menschen häufig auf den Lebensabschnitt Rente hinarbeiten, in dem sie dann endlich „leben“ möchten.

Die Frage nach dem guten Leben wird kaum thematisiert. Jeder, heißt es, müsse für sich selbst entscheiden, was ein gutes Leben ist. Hartmut Rosa sieht als Konsequenz davon, dass Menschen

ihre Ressourcenlage verbessern möchten und gar nicht mehr wissen, welche Bedingungen sie von einem guten Leben abhalten könnten. Die Vermutung ist nun, dass Wettbewerb und Beschleunigung die Bedingungen für ein gutes Leben untergraben. Obwohl Deadlines gewaltigen Druck auf die Menschen ausüben und fast alle ihnen nicht entgehen können, gibt es keine Debatte über sie. Zeitliche Normen werden nicht in Frage gestellt oder diskutiert, sie werden als etwas Gegebenes interpretiert. Somit wird die Autonomie als ethische Selbstbestimmung unterlaufen. Der Kapitalismus verspricht hier die Freiheit, individuelle Lebenspläne verwirklichen zu können, Wettbewerb und Beschleunigung wurden als Mittel zum Zweck legitimiert. Rosa stellt die These auf, dass die Qualität der Weltbeziehung, also wie wir die Welt erfahren, ausschlaggebend ist. Körper und Seele sowie Mensch und Umwelt müssen in Einklang sein, dann entstehe ein Resonanzraum. Nicht die viele Arbeit an sich führt zu Burnout, sondern dass es keine Resonanzen mehr gibt, also die versagte Anerkennung und somit die Arbeitsverhältnisse. Es findet eine Entfremdung statt, und diese schreibt Rosa Steigerungszwängen zu, da Resonanzbeziehungen zeitintensiv sind. Positive Lebensentwürfe müssten darauf ausgerichtet sein, Räume für Resonanzen zu schaffen. Für ein gelingendes Leben sollten Resonanzerfahrungen gesichert und Entfremdungserfahrungen verringert werden. Hierfür muss die Beschleunigungsdynamik gebrochen werden und somit das Konkurrenzprinzip, das die Beschleunigung antreibt.

Das Problem der Beschleunigung umfasst alle sozialen Schichten, sie wirkt sich nur unterschiedlich aus. Einige hätten eine Entschleunigung dringend nötig und andere haben mehr Zeit als sie gerne hätten. Da bei Zeit keine Steigerung möglich ist, kann das Problem nur dadurch gelöst werden, dass die Wachstums- und Steigerungslogik in unserer Gesellschaft angegangen wird. Die „Progressive Politik“ möchte erreichen, die Geschwindigkeit und Richtung des sozialen Wandels wieder kontrollieren zu können. Hier muss jedoch auch differenziert werden bezüglich der Relevanz der Resonanzen und der Entfremdung von ihnen für die Reichsten, die globale Mittelschicht, die arme Hälfte und die Ausgeschlossenen.

### **3.3 Postwachstum und Degrowth**

Postwachstum und Degrowth sollen hier in einem Kapitel behandelt werden, da zunächst die Begrifflichkeiten erläutert werden sollen. Die Begriffe werden häufig synonym verwendet. So wird Degrowth oft mit Postwachstum ins Deutsche übersetzt. Es wird jedoch auch eine Unterscheidung gemacht. So wird mit Degrowth normalerweise eine Schrumpfung des BIP verbunden und mit Postwachstum eine Unabhängigkeit der Sozialsysteme, der Produktion und der Lebensstile vom Wirtschaftswachstum.

Eine Befreiung von Wachstumszwängen ist Ziel der Postwachstumsgesellschaft. Allein schon der Rückgang der Wachstumsraten weltweit ist ein Argument sich als Vorsichtsmaßnahme auf die Postwachstumsgesellschaft vorzubereiten. Eine Postwachstumsgesellschaft ist eine Gesellschaft, die nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist. Weitere Ziele sind den Energie- und Ressourcenverbrauch sowie den Verlust an Biodiversität zu stoppen und die Nachhaltigkeitsziele einzuhalten. Institutionen und Strukturen werden so umgebaut, dass sie nicht mehr auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind. Zudem sollte die Erhöhung des Wirtschaftswachstums nicht mehr Ziel der Politik sein. In der Wirtschaft, so Postwachstumsvertreter, solle man sich auf einen "Plan B" einstellen., Dennoch ist die Debatte um das Postwachstum in den verschiedenen Bereichen noch zu gering (weder in der Forschung angekommen noch im praktischen Bereich); dabei sollte man unter verschiedenen Perspektiven der Sektoren auf die Thematik blicken. Postwachstum ist ein Programm und Versuch, aus der kapitalistischen Verwertungslogik herauszukommen; Teile des Lebens auch anderen Logiken folgen lassen zu können. Für Degrowth gibt es keine allgemeingültige Definition. Degrowth umfasst verschiedene Denkrichtungen, Vorstellungen und Ideen für Maßnahmen. Manche Degrowth-Anhänger sind der Meinung, dass unbegrenztes Wachstum nicht mög-

lich sei, andere denken, dass die Wirtschaft in Zukunft stagnieren wird und wir Wege finden müssen, um auch ohne Wachstum ein gutes Leben führen zu können. Wieder andere glauben, dass wir eine gerechtere, da gleichere Gesellschaft nur erreichen können, wenn Kapitalismus und der damit verbundene Steigerungszwang ein Ende haben, die Gesellschaft sich gemeinschaftlich selbst einschränkt und der eigene Vorteil nicht mehr die Basis ist. Es gibt jedoch den gemeinsamen Nenner der Wachstumskritik. Ideen, wie eine Degrowth-Gesellschaft aussehen kann, umfassen unter anderem Allmenden, Kooperativen, Arbeitsumverteilung, ein Grund- und ein Höchsteinkommen. Einige weitere Beispiele für die Degrowth-Bewegung sind Alternativwährungen, eine Beschäftigungsgarantie, Digital Commons (Beispiel Wikipedia), Ökogemeinschaften, Urban Gardening. Degrowth bedeutet kein negatives BIP-Wachstum, wohl aber würde eine Reduzierung des BIP aufgrund der veränderten Strukturen eintreten. Degrowth-Befürworter suchen nach Möglichkeiten, dies sozial tragfähig zu machen.

Die Degrowth-Bewegung möchte einen Wandel zu einer Gesellschaft, die mit weniger auskommt und ein gemeinschaftliches Leben unterstützt. Sie ist sich einig, dass ein Wandel nur durch viele unterschiedliche Strategien und Akteure bewirkt werden kann.

Degrowth wird häufig kritisiert, da gesagt wird, dass Länder im globalen Süden Wachstum nötig haben. Degrowth richtet sich jedoch nur an die Industrieländer. Es sollte jedoch ein austauschender Diskurs zwischen globalem Norden und Süden stattfinden, um voneinander zu lernen. Ein weiterer Kritikpunkt, der häufig fällt, ist die Umsetzbarkeit der Ansätze. Einerseits wollen die Menschen selbst entscheiden wie sie leben, andererseits stellt sich die Frage, ob eine Degrowth-Gesellschaft weltweit möglich ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Postwachstumsidee eine Anpassung der bestehenden Systeme möchte, so dass diese von Wachstum unabhängiger sind, während Degrowth weitergeht. Postwachstum sucht nach praktischen Lösungen für das jetzige System, Degrowth umfasst viele verschiedene Ansätze und hat nicht „nur“ die Unabhängigkeit von Wirtschaftswachstum im Blick.

In der Wachstumskritik wird unterschieden zwischen konservativer, sozialreformerischer, suffizienzorientierter, kapitalismuskritischer und feministischer Wachstumskritik. Letztere drei haben Degrowth, also Schrumpfung, zum Ziel, während die konservative Wachstumskritik eine unvermeidliche Schrumpfung sieht und die sozialreformerische Wachstumskritik, die wir mit Postwachstum meinen, eine Befreiung vom Wachstumsdogma zum Ziel hat. Es soll hier jedoch nicht näher auf die einzelnen Strömungen eingegangen werden. Nur die feministische Wachstumskritik wird im Kapitel „Arbeit“ nochmals aufgenommen.

Eine der wichtigsten Maßnahmen in den reichen Industrieländern für Degrowth-Strategien wäre ein sicheres Einkommen für alle, das teilweise von produktiver Arbeit entkoppelt ist, um so die politische Abhängigkeit von Wachstum zu reduzieren. Außerdem braucht es eine Regionalisierung, Kooperation, Solidarität und kreative Lösungen und Strategien. Die Bewegung möchte Antworten auf die großen sozialen Fragen in einer Wirtschaft ohne Wachstum finden. Für Alternativen zum Arbeitsmarkt sowie der Rentenfinanzierung liegen zum Beispiel noch keine guten Konzepte vor. Welche Akteure kann man außerhalb des Umwelt- und Entwicklungsbereichs in den Denkprozess miteinbeziehen?

Ferner ist auch ein anderes Denken nötig. Wir sind alle in unserem Wirtschaftssystem aufgewachsen und haben die Werte und Wachstumslogiken verinnerlicht. Wie können wir uns von den Mustern lösen? Die Agentur für angewandte Utopien „Impuls“ beschäftigt sich mit dieser Frage.

Wichtig zu sehen ist auch, dass die Transformation durchaus wirtschaftliche Auswirkungen hat, z. B. für den lokalen Gemüsehändler, wenn die Leute ihr eigenes Gemüse anbauen oder auch den Kfz-Mechaniker, wenn es durch CarSharing weniger Autos gibt. Deswegen müssen nicht nur die



Wirtschaftsauswirkungen adressiert werden, sondern auch die soziale Stabilität. In den nächsten Kapiteln sollen Ansätze zur Lösung der Probleme diskutiert werden.

### 3.4 Systeme ohne Wachstum

Eine Anmerkung aus dem Expertengespräch: „Degrowth bedeutet kein negatives BIP-Wachstum, aber eine Reduzierung des BIP würde wohl aufgrund der veränderten Strukturen eintreten.“ Doch ist eine Marktwirtschaft ohne Wachstum überhaupt möglich? Haben wir Kontrolle über das Wachstum, da es menschengemacht ist oder bedeutet ein Ausstieg aus dem Wachstum den Kollaps? Wie kann man mit weniger Ökonomie mehr Lebensqualität erreichen? Aber brauchen wir das Wirtschaftswachstum nicht, um unser Klima zu retten? Außerdem stellt sich die Frage, was die Ideen des guten Lebens für das Wachstum bedeuten. Die beiden Debatten sollten besser nicht verknüpft werden. Das heißt, man sollte die Debatte fokussieren auf: Wie funktioniert eine Gesellschaft ohne Wachstum? Man sollte die Gesellschaft so strukturieren, dass sie nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist, da die ökologischen Grenzen eingehalten werden müssen. Dafür muss man sich von der Wachstumsideologie lösen.

Die momentan niedrigen Wachstumsraten sind umso mehr Grund, die Gesellschaft auf eine Zeit ohne Wachstum vorzubereiten. Auch viele Vertreter der klassischen Nationalökonomie rechneten damit, dass die Wirtschaft irgendwann stationär sein würde. Auch der britische Ökonom John Maynard Keynes ging davon aus, dass wir langfristig in einer Postwachstumsgesellschaft mit mehr Zeitwohlstand leben würden. Doch warum wurde dann kein Modell entwickelt, das nicht auf ewigem Wachstum beruht? Herman Daly ist Begründer und bis heute wichtigster Vertreter eines Modells einer „stationären Wirtschaft“. Dieses Ideal einer stationären Wirtschaft steht theoretisch zwischen dem Wirtschaftswachstum und der schrumpfenden Wirtschaft. Es gibt noch keine Makroökonomie für Nachhaltigkeit und das brauchen wir dringend. Die einzige Ausnahme für ein Modell mit niedrigem Wachstum ist das des kanadischen Ökonomen Peter Victor. Victors „low growth“-Szenario zeigt, dass Wohlstand auch ohne Wachstum zu erreichen ist, jedoch müssten die Nettoinvestitionen der Unternehmen verringert, Änderungen der Investitionen von privaten zu öffentlichen Gütern durch Steuern und öffentliche Ausgaben, eine Strukturänderung des Arbeitsmarkts, andere Regierungsprogramme und eine Verringerung der Arbeitszeit umgesetzt werden. Ansonsten käme es zu hoher Arbeitslosigkeit, Armut und Staatsschulden.

Eine andere Frage ist, ob ein System ohne Wachstum eher zentral oder dezentral organisiert sein sollte? Es ist weder ökologisch noch gesellschaftlich und machtpolitisch egal, ob ökologische nachhaltige Strukturen zentral in der Hand von wenigen oder dezentral, mit breiter Beteiligung der Gesellschaft aufgebaut werden. Dezentrale Netzwerke sind wichtige Kristallisationspunkte für die Gesellschaft. Die Leitlinie sollte also sein: Dezentral wo möglich – zentral wo nötig.

Alternativwährungen können eine Ergänzung zum Geldsystem darstellen, damit jeder Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen hat. Ein Vorschlag ist, dass der Staat die Kontrolle über das Drucken des Geldes wieder übernimmt, damit er keine Schulden mehr bei Privatbanken machen müsste. Kredite führen außerdem zu einer Wachstumsdynamik.

Wie könnten der Arbeitsmarkt, unsere Alterssicherungssysteme, das Gesundheitssystem, die Unternehmen in Zukunft aussehen? Dies soll unter anderem in den folgenden Kapiteln behandelt werden.

## 3.5 Soziale Fragen

### Soziale Sicherungssysteme

Um Mehrheiten für die Debatte zu gewinnen, müssen zunächst soziale Fragen gelöst werden. Wir brauchen zum Beispiel ein Alternativmodell für wachstumsbasierte Renten in der alternden Gesellschaft. Rentensysteme sind auf Wachstum basierend und könnten ihre soziale Funktion ansonsten derzeit kaum erfüllen. Die Alterssicherung braucht neue Lösungen weg vom Fonds- und Umlageverfahren. In Japan gibt es zum Beispiel ein Gutscheinsystem. Dort erwirbt die junge Generation Gutscheine, die später eingelöst werden können. Auch für das Gesundheitswesen braucht es Alternativen.

Aufgrund einer demografischen Alterung der Gesellschaft gibt es Probleme mit den umlagefinanzierten Systemen der Alterssicherung. Zur Vermeidung finanzieller Ungleichgewichte gäbe es drei Möglichkeiten. Eine Erhöhung der Lohnbeiträge der Erwerbstätigen, eine Kürzung der Renten, was zu Armut im Alter führen kann oder eine Erhöhung des Rentenalters. Neben einer Erhöhung des Rentenalters bräuchte es aber auch viele Begleitmaßnahmen, wie die Verhinderung von Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, altersangepasste Arbeitsplätze usw. Eine hohe wirtschaftliche Produktivität und ein hohes Lohnniveau entlasten das umlagefinanzierte Rentensystem. Dies geht jedoch mit einer stressreichen Arbeitswelt und einer sehr guten Bildung einher und führt somit zu Ungleichheiten. Kapitalgedeckte Systeme sind eine andere Möglichkeit, allerdings von einer demografischen Alterung von oben betroffen, da sich die Auszahlungszeit bei einer höheren Lebenserwartung verlängert. Zudem werden wirtschaftliche Ungleichheiten verstärkt und hohe Kapitalrenditen nötig. Somit bleibt nur noch die Ausdehnung der Lebensarbeitszeit. Der Sozialethiker Hans Ruh sieht die Auflösung der Zweiteilung von Freizeit und Arbeitszeit als Lösung an. Er fordert bezahlte Halbtagsstellen für Mann und Frau, Freizeit zur Erholung, Reproduktionszeit für die Kindererziehung, bei der sich auch die Großeltern beteiligen können, Eigenarbeit im Sinn von Hausarbeit und Tätigkeiten für sich und andere Menschen sowie Sozialzeit im Sinn von ehrenamtlichen Tätigkeiten. So sollte ein nicht-monetärer, sozialer Generationenvertrag die monetäre Alterssicherung ergänzen.

Im Gesundheitswesen ist es wichtig, Eigenverantwortung in das Solidarsystem einzubauen. Die Behandlungsmethoden sind im Moment stark symptom-orientiert und krankmachende Lebensverhältnisse werden nicht genug angegangen. Stress wird eher noch erhöht, um das Wirtschaftswachstum zu befeuern und somit die Kosten finanzieren zu können. Durch monetäre Anreize für Ärzte sowie Patienten, gesundheitsförderliche Arbeits- und Lebensbedingungen, einen Bewusstseinswandel bezüglich des Umgangs mit der Gesundheit und durch die Vervollständigung der Schulmedizin mit Komplementärmedizin könnten die Ausgaben für die Gesundheit gesenkt werden.

### Arbeit (Dienstleistungssektor, Arbeitszeitverkürzung)

Wirtschaftswachstum wird auch gefordert, wenn es um den Erhalt von Arbeitsplätzen geht. Wächst die Wirtschaft nicht, so drohen Entlassungen. Die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen macht die Forderung nach weniger Wachstum oder kein Wachstum nicht sympathischer.

Es braucht empirisch tatsächlich eine bestimmte Wachstumsrate, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Doch woran liegt das? Es gibt zwei konträre Sichtweisen, warum die Arbeitsproduktivität steigt. Laut der Mainstream-Ökonomen ist der technologische Wandel (intelligenteres Produzieren) der zentrale Faktor für das Wachstum. Die zweite, ökologische Sichtweise ist, dass immer mehr Energieeinsatz zu starkem Wachstum führt. Daher kommt es auch zu unterschiedlichen Ansichten zur Entkopplungsfrage und zu Postwachstumsmodellen. Strategien in nicht-wachsenden Ökonomien (in denen es das Arbeitsplatzproblem nicht gibt) sind Arbeitszeitverkür-

zung, ein alternativer technologischer Wandel (arbeitsintensiver) oder der sektorale Wandel (Dienstleistungsgesellschaft). Es müssen dann ganz andere Produkte hergestellt werden und zwar muss ersetzt werden statt addiert, sonst funktioniert es nicht. In der deutschen Debatte kommen „Arbeitszeitverkürzung“ und „Sektoraler Wandel“ eher vor, in der Degrowth-Debatte der alternative technologische Wandel. Der sektorale Wandel könnte durch die Ökosteuer weiterentwickelt werden (Beispiel: Milchbauern: weniger Milch und höhere Qualität). Hier ist auch die Frage wie man Ökosteuern und Bepreisung gut vermittelt bekommt. Jedoch führt die Tertiärisierung/Digitalisierung nicht automatisch zu Nachhaltigkeit; ganz im Gegenteil, das 3-Sektorenmodell ist nicht aussagekräftig, da der Dienstleistungssektor sehr stark mit der Industrie verwoben und oft sehr ressourcenintensiv ist.

Möglichkeiten, um bezahlte Beschäftigung vom Wachstum zu entkoppeln sind eine Beschäftigungsgarantie des Staates, ein bedingungsloses Grundeinkommen und Arbeitsumverteilung. Das Grundeinkommen könnte durch eine progressive Einkommens- und Gewinnsteuer sowie eine Konsumsteuer finanziert werden, und ein Höchsteinkommen würde festgelegt. Arbeitsumverteilung hieße eine Verminderung der Arbeitszeit, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Auch freiwillige Aktivitäten könnten dadurch zunehmen, ebenso auch, wenn Grundbedürfnisse durch ein Grundeinkommen sichergestellt wären.

Bezüglich der Arbeitszeitverkürzung wäre einerseits ein rationellerer Umgang mit Arbeit, das heißt Entschleunigung, wünschenswert, andererseits müssen sich dies die Menschen auch leisten können. Hier geht es wieder um die Lösung von sozialen Fragen. Anstelle linearer Arbeitszeitverkürzung sollten auch Auszeiten, wie Sabbaticals, und Elternzeit stärker gefördert werden. Für Menschen mit einem niedrigen Einkommen ist dies allerdings keine Option. Außerdem sieht die Gesellschaft eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sicherlich nicht positiv. Hier spielen auch Abstiegsängste mit hinein. In der Vergangenheit gab es Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Außerdem müssen auch qualitative Faktoren am Arbeitsplatz in einer Postwachstumsgeellschaft eine größere Rolle spielen.

Norbert Reuter schlägt eine Doppelstrategie mit einer Ausweitung des Dienstleistungssektors und Arbeitszeitverkürzung vor. Außerdem benötige es eine Steuerreform, um höhere Steuereinnahmen zu erhalten und somit mehr öffentliche Beschäftigung, staatliche Auftragsvergabe und eine aktive Beschäftigungspolitik finanzieren zu können. Kern der Steuerreform müsste eine stärkere Besteuerung von nicht-regenerativen Ressourcen sein sowie von Umweltverschmutzung. Außerdem müssten höhere Einkommen stärker besteuert werden. Dies könnte dann zu mehr Gerechtigkeit, mehr Zeitwohlstand und einer Verbesserung der Umwelt führen.

## **Unbezahlte Arbeit**

Teil der Wachstumskritik ist auch die Kritik daran, dass unbezahlte Arbeit nicht in das BIP miteingerechnet wird. Unbezahlte Arbeit umfasst Haus- und Pflegearbeit sowie die Erziehung der Kinder (Reproduktionsarbeit) und ehrenamtliche Tätigkeiten. Diese werden nicht als Arbeit gezählt, obwohl sie für die Gesellschaft genauso wichtig sind wie Erwerbsarbeit. Feministische Wachstumskritik kritisiert das kapitalistische System als maßlos, da die Folgen des Wachstums nicht beachtet werden. Außerdem wird kritisiert, dass die Marktprozesse von ihren Voraussetzungen, der unbezahlten Arbeit und der Natur, abgekoppelt werden. Schuld daran sind asymmetrische Geschlechterverhältnisse und die Aufteilung in „wertvolle“ und „nicht wertvolle“ Arbeit. Zudem sieht die feministische Wachstumskritik patriarchale Dominanzverhältnisse in unserem Wirtschaftssystem sowie die Orientierung an der Beherrschung der Natur. Deshalb ist ein breiteres Verständnis von Ökonomie nötig, das über Markt und Geld hinausgeht.

## Green Growth – Wirtschaft – Investitionen, neue Geschäftsmodelle

Befürworter von Grünem Wachstum sind im Gegensatz zu Degrowth-Anhängern wachstumsoptimistisch. Grünes Wachstum, mit dem hier nicht nur ein Wachstum der grünen Industrien (wie z. B. Wind- und Photovoltaikindustrie) gemeint ist, sondern ein nachhaltiges Wachstum, das mit dem Erhalt natürlicher Ressourcen vereinbar ist und eine vollständige Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen und Ressourcenverbrauch zum Ziel hat, möchte vor allem die Förderung technologischer Innovationen (WBGU 2011). Eine Entkopplung soll mithilfe von Effizienz- und Konsistenzstrategien erreicht werden.

Das Grüne Wachstum hat den Mainstream bereits erreicht. Allerdings stellt sich auch hier die Gerechtigkeitsfrage, da sich nur die reicheren Nationen grüne Technologien leisten können. Außerdem wird Grünes Wachstum international auch als neokoloniale Form der Wirtschaftsbeziehungen gesehen.

Auch spricht der eingangs behandelte Rebound-Effekt gegen das Grüne Wachstum. Es kann damit gerechnet werden, dass durch Rebound-Effekte etwa die Hälfte der Gewinne, die mithilfe von Effizienzstrategien erzielt wurden, wieder wettgemacht werden. Dadurch werden die Nachhaltigkeitsziele durch technische Lösungen alleine nicht erreicht werden können. Ein weiteres Argument gegen das Grüne Wachstum ist der Rich-Country-Illusion-Effekt. Dieser besagt, dass reiche Länder durch die Globalisierung die Möglichkeit haben, die ressourcenintensive Produktion in Schwellen- und Entwicklungsländer zu verlagern und somit selbst gut dastehen. So hat Deutschland zwischen 1995 und 2005 mehr CO<sub>2</sub> ins Ausland verlagert als im eigenen Land verringert. Deshalb benötigt es dringend absolute Ressourcen- und Emissionsbegrenzungen für alle Länder.

Doch es gibt auch Gründe, die für ein Grünes Wachstum sprechen. So erfordert der Umbau der Infrastruktur Liquidität und unternehmerische Risikofreudigkeit. Stagnierende oder schrumpfende Wirtschaften würden es nicht schaffen, die Substitution von Natur durch Kapital voranzutreiben. So gingen die Investitionen in erneuerbare Energien in Zeiten von Wirtschaftskrisen zurück. Außerdem besteht die Gefahr einer Kompetenzüberschreitung der Akteure, sowie von sozialen Ängsten, die den ökologischen Umbau behindern. Für die Große Transformation ist eine große Umverteilung nötig und hierfür wichtig ist gesellschaftliche Stabilität. Es ist erfolgsversprechender einen teilweisen ökologischen Umbau in einer stabilen Gesellschaft zu verfolgen, als einen konsequenten Systemumbau mit hohem Risiko.

Die Gefahr des Grünen Wachstums liegt jedoch darin, dass es als die Lösung angesehen wird und somit kein Grund für die fundamentale Transformation gesehen wird, die unsere begrenzte Erde so dringend nötig hat. Auch wenn es einfacher ist neue Technologien zu erforschen als Gesellschaften und sozioökonomische Triebkräfte zu verändern, ist jedoch nicht sicher, dass die technologischen Lösungen ausreichend sein werden, die Treibhausgasemissionen so drastisch zu reduzieren wie nötig ist. Außerdem kommen noch das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum sowie der Rebound-Effekt hinzu, welche Zweifel daran aufkommen lassen das Grüne Wachstum als die eine Lösung anzusehen.

## Wirtschaft

Tilman Santarius entwickelte vier Ansatzpunkte für eine nachhaltige Ökonomie. Zum einen muss der Markt durch öffentliche Investitionen und Preise, die die ökologische Wahrheit sagen, korrigiert werden. Zum anderen muss er durch Caps und Limits eingedämmt werden, so müssen unter anderem der Netto-Primär-Energieverbrauch sowie der Flächenverbrauch und die Arbeitszeit begrenzt werden. Dann muss die Kontrolle über die Produktion wieder bei den Menschen liegen und nicht beim Markt. Der vierte und letzte Punkt ist die Änderung der Menschen. Diese müssen sich von *Homines oeconomici* wieder zu sozialen Wesen entwickeln.

## Investitionen

Es benötigt alternative Geschäftsmodelle und Deinvestment sowie Investitionen an der richtigen Stelle. Die realpolitische Perspektive ist, dass viel Geld da ist, besonders im Energiesektor. Wohin soll das gehen? Investitionen müssen gelenkt werden. Wie verhindert man Lock-in-Effekte, die weder Green Growth noch Degrowth-Akteure möchten? Wir müssen uns dafür einsetzen, Alternativen zu denken (New Policy Scenarios). Welche Investitionen können mit angeschoben werden? Für manche Akteure ist die Motivation hier Wachstum. In Marokko zum Beispiel wollte man ursprünglich auf Nuklearenergie setzen und hat dann aber auf erneuerbare Energien gesetzt. Wo sind die Hebel? Mit Carlo Jaeger kann ein neues Modell erstellt werden, das komplexe Verknüpfungen einbezieht und mehrere Gleichgewichte erlaubt. Wenn man alles von sozialer, ökonomischer und ökologischer Seite aus betrachtet, dann ist dies stabiler als die reine ökonomische Perspektive. In den nächsten fünf Jahren sollen Modellierungen entwickelt werden (für die EU-Ebene); so käme man zu ganz anderen Kosten-Nutzen-Ergebnissen und andere Einschätzungen wären möglich. Diese kann man dann in den Mainstream tragen. Massive Investitionen in nachhaltige Strukturen (z. B. Landwirtschaft, Gebäude, Verkehr, Energie) sind nötig, dafür müssen die Investitionen in anderen Bereichen in diesen Sektoren deutlich abgebaut werden – oft auch bestehende Infrastruktur ab- oder umgebaut werden. („Schöpferische Zerstörung nicht nachhaltiger Strukturen“).

Ölkonzerne werden ihre Investitionen in fossile Energieträger wohl jedoch kaum zurückfahren, da dies bedeuten würde, sich neue Geschäftsfelder suchen zu müssen. Hier muss die Initiative von den Bürgern ausgehen. Die Fossil Free Bewegung setzt sich dafür ein, dass Institutionen, Bürger und Investoren sich von Aktien, Anleihen usw. trennen, die unökologisch oder ethisch fragwürdig sind. Andere Länder sind in der Divestment-Frage schon weiter als Deutschland. So gibt es in Deutschland noch wenig Informationen über den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck eines Unternehmens und es ist nicht vorgeschrieben, dass Mittler zwischen Unternehmen und Investoren auf Aspekte in Bezug auf das Klima hinweisen müssen. Auch der politische Wille fehlt bisher. So wurde bei der Offenlegungsrichtlinie der EU sowie beim Bilanzierungsrecht und bezüglich der Bundesbank noch nichts umgesetzt.

## Neue Geschäftsmodelle

Unternehmen unterliegen Wachstumszwängen. Da in Politik und Wirtschaft immer Wachstum gefordert wird, haben Unternehmen kein Interesse daran ihre Substanz (Kapital, Natur- und Sozialkapital) zu erhalten. Es ist attraktiver diese aufzubrauchen, da dies niedrige Preise und höhere Gewinne bringt. Dies geht auf Kosten der Gemeingüter. Kleine und mittlere Unternehmen sowie Genossenschaften und Stiftungen können auf Externalisierung verzichten, es müssten sich jedoch die Regeln ändern. So liegt der Ursprung, warum Unternehmen Kosten auf die Gemeingüter abwälzen in der geltenden Rechtsordnung. Darin hat die unbegrenzte Kapitalakkumulation Vorrang. Kapitalgesellschaften haben außerdem Privilegien, die ihnen die Macht geben nachteilig für die nachhaltige Entwicklung zu handeln (beschränkte Haftung auf Kapitaleinlage führt zu Einfluss auf Politik, kurzfristiger Umstieg auf schneller wachsende Unternehmen möglich, externes Unternehmenswachstum, Gleichstellung mit natürlichen Personen). Diese müssten aufgehoben werden.

Was müsste sich demnach ändern? Wir brauchen eine Internalisierung externer Kosten, die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, bessere Bedingungen für Qualitätsprodukte mithilfe von Produktsiegeln und Haftungsregeln, Gemeinwohlbilanzen, um Unternehmen zu fördern, die das Natur- und Sozialkapital erhalten wollen sowie eine Änderung der Unternehmensverfassungen. So muss Nachhaltigkeit anstelle Wachstum gesamtwirtschaftliches Ziel werden. Die Sozialbindung des Eigentums sollte über dem Kapital stehen.

So wäre eine regionale Orientierung bei Rohstoffen, Kunden und Unternehmenskooperationen sinnvoll sowie die Förderung von Genossenschaften, Stiftungen, Kooperationsnetzwerken und Social Entrepreneurship.

Es gibt bereits Unternehmen wie Mondragon (Spanien), Novo Nordisk (Dänemark) und Natura (Brasilien), die sich auf das Konzept „Integrated Thinking“ (ganzheitliches Denken) berufen. Ökonomismus und dazugehörige Metriken wie das BIP vernachlässigen Natur- und Humankapital sowie soziales Kapital. Das Konzept Integrated Thinking schließt alle Formen von Kapital mit ein. Ein Rahmen, der nicht nur das Ökonomische (manufactured and financial capital) umfasst, bietet eine Basis, um unseren Wohlstandsbegriff zu verstehen und neu zu definieren. Die Reduzierung auf das Ökonomische ist in der gesamten Gesellschaft verankert und dies muss sich ändern.<sup>1</sup>

Der wachsende Ressourcenverbrauch wurde von Politik und Wirtschaft lange Zeit ignoriert. Als dann im 21. Jahrhundert die Preise für viele Mineralien und Metalle nach oben gingen, wachte man auf. Seit es schwieriger wurde an begehrte Rohstoffe zu gelangen, gewinnt das Thema Kreislaufwirtschaft an Bedeutung. Das japanische Unternehmen Ricoh zum Beispiel bietet eine Produktlinie von Druckern, die gut wiederverwendbare oder recycelbare Teile verwendet. Unternehmensziel ist bis 2050 90 Prozent weniger neue Materialien einzusetzen. Das Leasingkonzept „Cradle to cradle“ hat die Idee Kunden nur den Nutzen von Produkten zu verkaufen, so dass die Hersteller hochwertige Materialien verwenden, weil sie wissen, dass sie die Produkte zurückbekommen. Problem dabei: die Kunden müssen das Produkt wieder in den Produktionskreislauf geben. Dies sind allerdings nur Anfänge einer Kreislaufwirtschaft. Die Industriesymbiose Kalundborg in Dänemark hat einen anderen Ansatz von Kreislaufwirtschaft. Mehrere Betriebe in nächster Nähe voneinander tauschten untereinander ihren Abfall aus, da dieser vom anderen Betrieb genutzt werden konnte. Die Vernetzung wurde mit der Zeit immer enger, da ökologische und ökonomische Vorteile für alle Betriebe entstanden. Kooperation und Vertrauen waren hier die Ausgangspunkte. Der einstige Leiter der Seifenfirma Ecover, Gunter Pauli, ist auf der Suche nach Konzepten für eine umweltfreundlichere Wirtschaft. Er entwickelte mit den Beschäftigten einer Orangenplantage Ideen etwas aus vorhandenen Ressourcen herzustellen und so werden inzwischen acht aufeinander aufbauende Produkte hergestellt. Seine Zeri-Stiftung entwickelte bereits 100 Beispielprojekte. Solche regional angepassten Projekte sind bisher nicht die Mehrheit, machen jedoch Mut. Strukturen, die auf möglichst hohe Gewinne abzielen und auf Konkurrenz und Gewinnstreben aufbauen, sind auf unserer begrenzten Erde nicht zukunftsfähig.

Weitere Beispiele für ökologische Unternehmenskultur sind Slow-Food-Genossenschaften, Bürgerenergieprojekte, Büchereien, Reparaturcafés, Volkshochschulen, Schreibwerkstätten usw. Ein Unternehmen ist ökologisch, wenn es für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl arbeitet. Leider zählen diese gemeinschaftsorientierten Unternehmen in der Wirtschaft bisher nicht viel.

## Suffizienz – Suffizienzpolitik

Aufgrund von Rebound-Effekten, Wirtschaftswachstum, Unsicherheiten der Technologie und Fragen der globalen Gerechtigkeit sind Effizienz- und Konsistenzstrategien nicht ausreichend, um die ökologischen Grenzen der Erde einzuhalten. Deshalb wird von der Postwachstumsbewegung neben Effizienz auch Suffizienz gefordert. Ein gutes Leben braucht auch ein „Langsamer“, „Näher“, „Weniger“ und „Persönlicher“ (Schneidewind & Zahrnt 2013). Dies wird unter Suffizienz verstanden. Suffizienz bedeutet außerdem Maßnahmen und Strategien zur Einsparung von Ressourcen durch

<sup>1</sup> <https://www.forumforthefuture.org/project/five-capitals/overview> (5)  
<http://www.integratedreportingsa.org/Portals/0/Documents/SAICAIntegratedThinkingLandscape.pdf> (6)

Verhaltensänderungen. Deshalb hat es die Suffizienz nicht einfach. Da Suffizienzstrategien sowie Effizienzstrategien isoliert jedoch Grenzen haben ist es so wichtig beides zu verfolgen.

Jeder sollte leben dürfen, wie er möchte, aber die Lebensentwürfe von anderen dürfen dabei nicht eingeschränkt werden. Eine gute Politik muss dafür sorgen, dass Lebensentwürfe von Menschen durch andere nicht eingeschränkt werden. Doch wie können wir es Menschen einfacher machen, suffizient zu leben? Hier setzt die Suffizienzpolitik an. Nur einige Beispiele für eine Suffizienzpolitik sind eine ökologische Steuerreform, eine gute Infrastrukturpolitik, die Einführung von Fünfjahresgarantien für Gebrauchsgüter, die Produktion von wiederreparierbaren Produkten, die Förderung regionaler Wertschöpfung usw. Die „vier E“ von Wolfgang Sachs können bei der Suche nach Suffizienzstrategien zur Orientierung dienen. Die „vier E“ umfassen Entschleunigung (Zeit), Entflechtung (Raum: näher und übersichtlicher), Entrümpelung (vereinfacht und weniger) und Entkommerzialisierung (selbstgemacht, dem Markt entzogen).

Suffizienzpolitik soll dafür sorgen, dass es einfacher wird ein gutes Leben zu leben, soll also die Voraussetzungen dafür schaffen. Eine Erhöhung der Energie- und Ressourcenpreise kann eine Strategie sein, um den Rebound-Effekt anzugehen. Hierbei müssten sozial Benachteiligte jedoch Preisprivilegien erhalten sowie kluge Anreize für ressourcenintensive Industrien geschaffen werden. Die Preise könnten simultan mit Effizienzsteigerungen erhöht werden, um einen sich gegenseitig verstärkenden Effekt zwischen Preisen und Effizienz auszulösen, wie es zwischen Arbeitsproduktivität und Löhnen in den letzten 150 Jahren der Fall war. Dabei erhöhten sich Löhne und Arbeitsproduktivität um das Zwanzigfache. Dies ist möglicherweise nicht ausreichend, um Nachhaltigkeit zu erreichen, aber es ist eine Möglichkeit, um in Richtung Nachhaltigkeit zu agieren.

Lebensstilbezogene Fragen spielen neben den technischen Fragen zunehmend eine wichtige Rolle. Es stellt sich die Frage, wie diese durch eine gute Suffizienzpolitik zu tragen sind, sodass sozial-ökologische Innovationen aus der Nische in den Mainstream gelangen. Die Überzeugung von Personen hat nicht geholfen, die Bildungsarbeit greift hier ins Leere, die Menschen ändern ihr Handeln nicht, sondern tun die Dinge mit schlechtem Gewissen („gelebte Schizophrenie“). „Ich ändere mich nur, wenn du dich änderst“ führt zu einem kollektiven schlechten Ergebnis. Wir brauchen Rahmenbedingungen, damit sich das gewünschte Verhalten verselbstständigt: Standards statt Moral. Ein gutes Beispiel sind die Wärmeschutzverordnungen auf EU-Ebene. Wir brauchen Standards, Caps und Limits („Ökoroutinen“).

Die Wertschöpfungsketten erweitern sich immer mehr und fördern Wachstum. Die Wertschöpfung wird verlagert. Auch Werbung spielt hier eine Rolle. Wir brauchen eine „Wirtschaftsförderung 4.0“, die kooperative Wirtschaftsformen in Kommunen systematisch fördert. Es gibt noch sehr viel Potential für die regionale Wertschöpfung. Die Kommunen sind umso resilienter, je mehr regionale Wertschöpfung (Subsistenz) sie haben; das heißt je mehr sie teilen, tauschen und kooperieren. Es gibt viele positive Beispiele und es sollte damit begonnen werden, bevor es zu einer Krise kommt. Auch das EEG wurde im Kleinen ausprobiert und dann auf Bundesebene als Gesetzesrahmen verankert. Ansätze einer Gemeinwohlökonomie sind Regionalgeld, Reparaturcafés, Tauschläden, Leihsysteme, Solidarische Landwirtschaft usw. Gezielte kommunale Förderkonzepte gibt es jedoch keine. Diese wären jedoch wichtig, um die gesellschaftlichen Potenziale zu fördern. Es gibt zahlreiche Vertreter des kooperativen Wirtschaftens. Zum Beispiel Christian Felber mit seinem Gemeinwohlökonomie-Ansatz, Rob Hopinks mit der Transition-Town-Bewegung oder auch Jeremy Rifkin mit dem Ansatz einer „Null-Grenzkosten-Gesellschaft“. Dadurch, dass kooperative Wirtschaftsformen häufig auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind, sind schnell Kapazitätsgrenzen erreicht. Die Wirtschaftsförderung 4.0 würde kollektive Formen der Produktion (z. B. Solidarische Landwirtschaft, regionale Energieerzeugung, Reparaturcafés), die Sharing Economy, Formen gegenseitiger Hilfe und Kooperation (z. B. Dorfläden, Elterninitiativen), Formen des komplementären Leistungsaustauschs (z. B. Regionalgeld, Bürgeranleihen), alternative Wohnformen

(z. B. Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften) und resiliente Unternehmen (z. B. Genossenschaften, Stiftungen) fördern.

### **Innovative regionale Geschäftsmodelle**

Regionalgeld fördert das Teilen, Tauschen, Helfen und Kooperieren sowie auch verkürzte Wege bei der Versorgung und ist somit ökologisch von Vorteil. Regionen können damit auch unabhängiger von Wachstum werden, da sie keinen Zins erwirtschaften müssen. Kooperative Wirtschaftsformen helfen sparsamer mit Ressourcen umzugehen, die lokale Wertschöpfung zu unterstützen und auch etwas für den Klimaschutz zu tun. Somit kann die wirtschaftliche und soziale Stabilität gestärkt werden. Zunächst bedarf es eines Grundsatzkonzepts mit Maßnahmenvorschlägen und die Kommunen könnten dann ein an ihre Kommune angepasstes Konzept entwickeln.

Es ist jedoch auch wichtig, dass die Folgen beobachtet und erforscht werden. So wurde die Sharing Economy kommerzialisiert. Die großen Automobilhersteller sind auf die Idee aufgesprungen und haben aus der Nische Mainstream gemacht, dadurch hat sich auch die Philosophie geändert und den Menschen wird das Auto hinterhergetragen, weshalb kein Nutzen für die Umwelt entsteht. Bevor die großen Anbieter CarSharing angeboten haben, war die Anzahl von Autos, die durch Car-Sharing ersetzt wurden, größer. Hier müsste eine Regulierung stattfinden, um den gewünschten Nutzen zu erhalten.

Und was für einen Einfluss hat Suffizienz auf unsere Wirtschaft und somit Arbeitsplätze? Welche Studien gibt es zum Beispiel zu den Auswirkungen der Sharing Economy? Suffizienz muss jedoch für unsere Wirtschaft nicht schädlich sein. Es werden neue Wirtschaftsfelder entstehen und es werden andere Sektoren wachsen. Neue Technologien werden zu einer nachhaltigen Wirtschaft beitragen. Außerdem kann ein Fokus auf Qualität gelegt werden und für die Wartung langlebiger Güter braucht es Arbeitskräfte. Auch gibt es viele Bedürfnisse die noch zu kurz kommen, so gibt es Bedarf in der Altenbetreuung, der Kinderversorgung usw. Persönlichkeitsbildung, körperliche und seelische Gesundheit sowie handwerkliche und künstlerische Tätigkeiten können überflüssige Waren ersetzen. Ob ein gleich großes BIP erreicht werden kann, bleibt offen. Klar ist jedoch, dass die Art der Berechnung momentan überholt ist, da sie einen großen Bereich menschlicher Tätigkeit nicht beachtet. So muss auch die unbezahlte Arbeit, wie Eigenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten und Versorgungs- und Betreuungsarbeit, miteinberechnet werden.

### **Wissenschaft**

Forschung und Bildung sind für den Transformationsprozess zentral, da die Notwendigkeit des Umbaus der Weltwirtschaft nur durch wissenschaftliche Erkenntnisse verstanden werden kann. Für die Akzeptanz und Legitimierung des Transformationsprozesses bedarf es außerdem Partizipation. So ist eine gesellschaftliche Beteiligung am Entwickeln von Forschungsfragen, am Forschungsprozess sowie an der Diskussion der Ergebnisse notwendig. Und auch die Bildung muss partizipativ ausgerichtet sein, um Erfolg zu haben. Die Kooperation vieler verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen ist nötig sowie eine systemische Perspektive in den einzelnen Disziplinen. Interdisziplinarität anstelle von Spezialisierung ist zentral, da zum Beispiel die Ursachen des Klimawandels sehr komplex sind und nur durch systemisch-interdisziplinäre Forschung erfasst werden können. Durch Transdisziplinarität soll außerdem praktisches Wissen einbezogen und die gesellschaftliche Relevanz erhöht werden. Forschung hilft dabei, das Leitbild der Transformation weiterzuentwickeln und sie durch technische und soziale Innovationen voranzutreiben. Bildung sollte dafür sorgen, dass die Menschen Problembewusstsein entwickeln, systemisches Denken erlernen sowie Verantwortung übernehmen. Forschung und Bildung für die Transformation sollten eng verknüpft sein. Der WBGU fordert außerdem einen neuen Vertrag zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, wobei die Gesellschaft Probleme mitidentifizieren und auch Mittel zur Erforschung



bereitstellen würde und Wirtschaft und Wissenschaft sich mehr an gesellschaftlichen Zielen orientieren müssten.

## **Bildung – Transformative Bildung, Transformationsbildung**

Der WBGU fordert Transformationsbildung sowie transformative Bildung. In der Transformationsbildung werden die Erkenntnisse der Transformationsforschung vermittelt. Verständnis für Handlungsdruck und Handlungsoptionen sollen generiert werden. Voraussetzungen für die Transformation können über den Fokus auf Pioniere des Wandels deutlich gemacht werden. Transformative Bildung lehrt Handlungsoptionen und Lösungsansätze durch die Vermittlung des Standes der Forschung. Außerdem sollte interdisziplinäres Lernen angestrebt werden.

Bildung ist Voraussetzung für eine Postwachstumsgesellschaft und macht unabhängig von Statussymbolen und Konsum reich. Es braucht neben einer Wissensgesellschaft aber auch eine Könnengesellschaft. Musische, motorische, handwerkliche, soziale, ästhetische und lebenspraktische Fähigkeiten werden nicht ausreichend vermittelt. Auch soziale und kulturelle Bezüge werden vernachlässigt.

Um eine Abkehr vom Wachstumsparadigma zu erreichen, braucht es eine alternative Bildung. Bildungsinstitutionen sind zentral, um eine Transformation herbeizuführen. Es wird bezweifelt, dass die Bildung für nachhaltige Entwicklung dies leisten kann. Kritisiert wird, dass noch immer von entwickelten und unterentwickelten Ländern gesprochen wird und der Fokus auf Armut und Folgen davon gelegt wird und die Ursachen häufig nicht vermittelt werden. Außerdem wird vermittelt, dass Weltprobleme mithilfe des technologischen Fortschritts gelöst werden könnten. Warum bestimmte Weltregionen benachteiligt sind, wird häufig nicht behandelt. Um den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft zu meistern, braucht es eine Bildung, die die Lernenden befähigt Strukturen zu kritisieren und zu handeln. Deshalb müssen Handlungsalternativen aufgezeigt werden, so dass an der Transformation mitgewirkt werden kann. Da Bildungsinstitutionen hier oft noch keine Erfahrung haben, bietet sich die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Postwachstumsprojekten an. So entwickelten Studierende der PH Freiburg ein Seminar, mit dem Ziel Nachhaltigkeit an Praxisbeispielen in der Region den Schüler/innen näherzubringen. Die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Hochschule im Bereich „nachhaltige Entwicklung“ ermöglicht eine kritische Reflektion mit westlichen Konzepten und leistet einen Beitrag zur Erreichung einer nachhaltigen Zukunft. Bildung für nachhaltige Entwicklung braucht innovative Konzepte und muss diese institutionalisieren.

## **Forschung**

Bisher gibt es kaum substantielle Forschung dazu, was passiert, wenn die Wirtschaft eben nicht mehr stetig wächst. Führende Wirtschaftswissenschaftler teilen alle die Wachstums-Wohlstands-These und an den Universitäten beschäftigt sich fast niemand mit dem Thema „weniger Wachstum“. Trotz gigantischer Nachfrage auf Studierendenseite gibt es einen Rückgang der kritischen Ökonomen auf der Lehrenden-Seite. Bei der Besetzung von Lehrstühlen ist dies sehr aktuell. Studentische Proteste und Nachfrage sind hier wichtig.

Was ist mit einer stationären Wirtschaft? Die Politik braucht Ergebnisse, um handeln zu können. Es braucht Studien, um die Politik umzustimmen und auch verhaltenspsychologische Aspekte sollten aufgenommen werden. Wirtschaftsinstitute und Forschung sind hier gefordert. Außerdem braucht es den Diskurs mit neoklassischen Ökonomen.

Auch bezüglich des Rebound-Effekts, Regionalisierung, Suffizienz, technischen Fragen usw. gibt es viel Forschungsbedarf. Gibt es Studien ob car2go positiv zu sehen ist? Gehen die Autokäufe dadurch zurück? Sind kurze Wertschöpfungsketten per se nachhaltiger als lange Wertschöpfungsketten? Wie ist das Potential von regionalen Wertschöpfungsketten? Wie kann eine echte Kreis-

laufwirtschaft aussehen, wo Stoffe in die Natur zurückgeführt werden und dort vollständig recycelt werden (Entmaterialisierung)? Wie können Produkte länger haltbar gemacht werden? Macht es Sinn die erneuerbaren Energien auszubauen, da diese auch ressourcenintensiv sind? Die erneuerbaren Energien stoßen an andere planetare Grenzen. Was ist der Ressourcenaufwand? Welche Verbräuche bringt der neue Wachstumsschub durch die grünen Technologien mit sich? Wie viele Elektroautos kann sich die Welt leisten? Es braucht Studien, Konzepte und Lösungen für die Ressourcenproblematik sowie intelligente Vorschläge und Maßnahmen. Auch im Bereich Unternehmen gibt es kaum Forschung darüber wie ein nicht wachsendes Unternehmen erfolgreich geführt werden kann.

Der WBGU unterscheidet zwischen Transformationsforschung und transformativer Forschung. Bei der Transformationsforschung geht es um die Gestaltung der Transformation durch das Verstehen von Transformationsprozessen. Es handelt sich hierbei um ein neues Forschungsfeld. Die Vernetzung von Sozial-, Natur- und Ingenieurwissenschaften ist hierbei besonders wichtig, damit die Interaktionen zwischen Menschen, unserem Planeten und der technologischen Entwicklung verstanden werden können. Außerdem sollen historische Entwicklungen analysiert werden. Transformative Forschung unterstützt die Transformation konkret durch spezifische Innovationen. Hierzu zählen unter anderem Effizienztechnologien und Konsumforschung. Auch Maßnahmen gegen Rebound-Effekte zählen hier dazu. Neben der Entwicklung von klimaverträglichen technologischen und sozialen Innovationen soll die transformative Forschung auch die Voraussetzungen für die Verbreitung von Innovationen sowie von politischen Strategien zur Gestaltung der Transformation umfassen.

## **4 Möglichkeiten praktischer Arbeit – Optionen für zivilgesellschaftliche Herangehensweisen**

Herausforderungen und auch Lösungsansätze gibt es bereits viele. In diesem Kapitel soll nun speziell auf die zivilgesellschaftlichen Herausforderungen und Möglichkeiten für die praktische Arbeit von NGOs beim Thema Wachstum eingegangen werden.

### **4.1 Debatte anstoßen**

Die Debatte um den Sinn von Wachstum, Degrowth und Postwachstum ist in den verschiedenen Bereichen nicht ausgeprägt genug. Dabei sollte aus verschiedenen Perspektiven einzelner Sektoren auf die Thematik geblickt werden. Es gibt keine Politik, die das Wachstum der Wirtschaft explizit adressiert. Auch in anderen Ländern ist Degrowth kein Thema. Hier könnten zivilgesellschaftliche Organisationen zum einen ein politisches Bewusstsein für das Ende des Wachstums schaffen sowie auch die Debatte anstoßen. Je mehr Personen sich damit auseinandersetzen, desto besser. Die Wachstumsmüdigkeit der Bevölkerung kann hierbei hilfreich sein. Eine Mehrheit in der Gesellschaft gibt es bisher jedoch nicht. Außerdem könnten bestimmte Themen, wie das Grundeinkommen oder die ökologische Steuerreform, thematisiert werden. So gibt es bereits einen Fokus auf Unternehmen, die nicht wachsen und trotzdem erfolgreich sind. Hiermit soll das Wachstum im Unternehmensbereich entmythologisiert werden. Auch das Thema Arbeit wird thematisiert. In den letzten fünf Jahren waren die Akteure die Degrowth-Bewegung, der BUND mit Suffizienzpolitik und

studentische Initiativen. Aus den sozialen Bereichen gab es leider nicht viel Resonanz. Hier könnte die Verknüpfung mit dem menschenrechtlichen Diskurs sinnvoll sein. NGOs aus dem Entwicklungs- und Umweltbereich sind in die sozialen Sicherungssysteme nicht wirklich eingearbeitet (hierzu mehr unten). Für Alternativen zum Arbeitsmarkt liegen zum Beispiel noch keine guten Konzepte vor. Welche Akteure könnte man hier außerhalb des Umwelt- und Entwicklungsbereichs in den Denkprozess miteinbeziehen?

Es fehlt bisher auch ein Akteur, der sich alle Felder der Gesellschaft und Sektoren anschaut und in Dialog tritt. Es gibt so gut wie keine strategischen Player. Es braucht Meinungsführer und Diskurse. Außerdem müssen fehlende Akteure, wie zum Beispiel die Gewerkschaften, in die Debatte eingebracht werden. Es müssen größere Netzwerke geschaffen (eine Zivilenquete?) und die Kooperation gefördert werden. Wie könnten sich bestimmte NGOs mit anderen Akteuren aus dem Postwachstumsbereich vernetzen und was kann damit bewirkt werden?

Außerdem braucht es eine Nord-Süd-Debatte zum Thema Degrowth. Der Norden hat großes Interesse am Wachstumsmarkt des globalen Südens (Exportwirtschaften). Man sollte möglichst früh mit Menschen aus dem globalen Süden über Postwachstum und Suffizienzpolitik sprechen und sich austauschen. Hier könnten Konferenzen ausgerichtet werden. Außerdem braucht es Übergangsstrategien für Ausfälle im Süden (Tourismus, Güter, Nahrungsmittel). Für die internationale Arbeit würden die Bereiche Verkehr, Mobilität und Flüge gut passen. Es ist wichtig beim Flugverkehr die Sichtweise des Südens mit einzubeziehen. Hier wäre ein Projekt mit einer NGO aus Indien denkbar, um zu sehen wie die Meinung zu internationalen Flügen ist und um eine Gegenpositionierung aus den Ländern des Südens aufzunehmen. Germanwatch könnte hier mit Brot für die Welt und Misereor zusammenarbeiten. Germanwatch hat hier einen besonderen Zugang (Verbindung Nord-Süd mit Wachstumsthematik).

In China zum Beispiel wird der Binnenkonsum gestärkt und viel Suffizienzpotenzial geht dabei verloren sowie auch soziale Strukturen. In Japan ist die Degrowth-Debatte stark, wie könnte man hier eine Anknüpfung finden? Die Übertragbarkeit der Debatte nach Fernost ist aufgrund der kulturellen Wurzeln schwierig (vage Konzeption und Legitimationsproblem).

Für die Umsetzung muss aber auch national an die Sache herangegangen werden. Unterschiedliche NGOs haben unterschiedliche Kernkompetenzen und könnten sich so zuarbeiten. So könnten sich kleine NGOs auf bestimmte Themen spezialisieren. Weitere Themen könnten Konsum und Werbung sein.

Es herrscht Einigkeit darüber, dass wir ein alternatives Messsystem brauchen und es gibt bereits Alternativen zum BIP. Jedoch hat sich keine davon bisher durchgesetzt. Auch der Mischindikator von der Enquete ist gescheitert. Wie schaffen wir es, dass das System aus Investoren, Börsen und Rating-Agenturen diese alternativen Indikatoren anerkennt? Oder haben sie auch ansonsten relevante Erfolgchancen?

## **Menschen mitnehmen / Strategien**

Um mit den Menschen im Gespräch zu bleiben und damit Politikvorschläge hin zu mehr Nachhaltigkeit und weniger Wachstum angenommen und gewählt werden, müssen soziale Ängste der Menschen ernst genommen und aufgegriffen werden, Lösungen entwickelt sowie Fragen besser formuliert werden. Es muss auf soziokulturelle Themen, die die Menschen beschäftigen, wie zum Beispiel Teilzeitarbeit, eingegangen werden. Es ist wichtig, dass der Kontakt mit unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen gesucht wird. So müssen wie eingangs erwähnt unterschiedliche Strategien für die unterschiedlichen Schichten ausgearbeitet werden. Außerdem stellt sich die Frage wie man große Unternehmen mit ins Boot holen könnte, die viel Einfluss haben. Welche Stakeholder brauchen wir?

Ein Problem ist auch, dass die Menschen sich durch die Umweltbildung überfordert fühlen und dies führt zu Passivität. Deshalb wäre es besser, kleine positive Initiativen bekannt zu machen und durch die Politik fördern zu lassen.

## 4.2 Wirtschaftskompetenz / neue Themen

Bei vielen NGOs fehlt Wirtschaftskompetenz und wie bereits erwähnt Fachkompetenz der sozialen Sicherungssysteme. Es stellt sich die Frage, ob NGOs zusätzlich Expertise im Finanz- und Volkswirtschaftlichen Bereich aufbauen müssen, da das globale Finanzkapital und die damit verknüpften Eliten derzeit ein „Triebriemen“ einer auf Kurzfristigkeit orientierten, die Ungleichverteilung begünstigenden Struktur sind. Braucht es Experten in diesen Themen? Eine zentrale Rolle spielen Finanzpolitik und Steuerrecht (Finanzministerium) – ist das nicht lobbierbar? Bisher gibt es keinen Austausch mit dem Finanzministerium. Wichtig wäre hier, auch sozialpolitische Implikationen für eine Postwachstumsgesellschaft zu identifizieren und gegebenenfalls sozialpolitische Forderungen zu formulieren. Wenn die Sozialsysteme nicht ohne Wachstum funktionieren, wie müssen diese dann umgestaltet werden, damit dies geht? Auch andere Themen (Vererbung, Schulden) werden nicht angegangen, da Experten für diese Themen fehlen. Müssen für Wirtschaftswachstum Schulden gemacht werden? Was sind die Auswirkungen von Schulden und sind Schulden gerecht? Wie kann ein sozial gerechtes Wachstum aussehen? Wie können das Konkurrenzprinzip und Beschleunigung angegangen werden?

## 4.3 Kommunikation

Derzeit besteht auf Kommunikationsseite das Problem, dass die wesentlichen Fragen in der Gesellschaft nicht diskutiert werden, weil Diskussionen „häppchenweise“ geführt werden und am Ende des Teil-Themas aufhören. Zivilgesellschaftliche Akteure sollten hier nicht Teil der Maschinerie werden. Der Zusammenhang ist da und sollte gut kommuniziert werden.

Polarisierende Begriffe wie „Degrowth“ oder „Grünes Wachstum“ sollten eher vermieden werden, weil sie ideologischen Ballast enthalten und in Sackgassen führen. So wird Degrowth mit Verzicht in Verbindung gebracht und Grünes Wachstum ist gefährlich, da es nicht nur positiv gesehen werden sollte. Deshalb sollte vielleicht eher von der „sozial-ökologischen Transformation“ gesprochen werden. Um zwischen den Debatten verknüpfend zu wirken, sollte man sich zwischen den Debatten positionieren. Suffiziente Ideen und Effizienz sollten gekoppelt gedacht werden. Ausgewogenheit und Skepsis sind nötig. Außerdem sollte das gute Leben in die Debatte getragen werden. Der französische Film „Demain“ zum Beispiel stellt diverse Initiativen vor allem aus dem frankophonen Raum mit ihrem Aufbruchs- und Hoffnungscharakter dar ohne den Begriff Wachstum zu verwenden. Eine offene Frage ist wie es mit „Postwachstum“ ist. Jedoch ist eine Distanzierung vom neoklassischen ökonomisch-volkswirtschaftlichen Wachstumsbegriff, bei dem das Bruttosozialprodukt zugleich ein Indikator dafür ist, mit jedem Wachstum mehr wertvolle Rohstoffe zu nutzlosem Abfall zu machen, notwendig.

Resilienz kann auch als Unabhängigkeit von Wachstum oder Schrumpfung definiert werden und es kann somit auch von Robustheit gesprochen werden. Beim Thema Suffizienz ist nicht die Frage, ob von Suffizienz gesprochen wird, sondern wie. Suffizienz hat einen Gerechtigkeitsaspekt und ist dadurch auch politikfähig, weil man eingreifen kann. Suffizienz als Lebensrichtung ist stark kulturell geprägt und im Westen zumindest nicht politikfähig, da hier der Staat nicht eingreifen soll. Hier sind viele Menschen extrem sensibel (Beispiel Veggieday). Fragen der „gutes Leben“-Debatte werden zu Gerechtigkeitsfragen.

Wenn über selektives Wachstum gesprochen wird, sollte auch konkret über selektives Schrumpfen gesprochen werden. Kreative Zerstörung führt zu Innovation in der Wirtschaft und so werden nachhaltige Strukturen aufgebaut.

## 5 Fazit / Ausblick

Wie bereits eingangs erwähnt liegen in der Wachstumsdebatte viele Spannungen, aber nicht unbedingt Gegensätze. Deshalb erachten wir es für wichtig, dass die unterschiedlichen Positionen zusammenarbeiten. Die Lösung der ideologischen Frage ist nicht ausschlaggebend. Es braucht Effizienz- und Suffizienzstrategien sowie Green Growth und Degrowth, selektives Wachstum und inclusive growth sowie auch qualitatives Wachstum. Es muss gemeinsam nach Antworten auf die sozialen Fragen gesucht werden. Wir kommen nur weiter, wenn wir uns nicht unversöhnlich gegenüberstehen, sondern gemeinsam nach Lösungen suchen. So braucht es einen Wandel zu einer Gesellschaft, die keine Angst vor der Zukunft hat, sich aber durchaus der Probleme bewusst ist, und gemeinsam an Alternativen und Lösungen arbeitet und diese auch testet.

Es sind unterschiedliche Strategien für unterschiedliche Schichten nötig. Außerdem fehlen bisher Modelle für eine nachhaltige Makroökonomie, systematische Ansätze und eine wirkliche breite Debatte. Die Menschen müssen an der Debatte und an der Suche nach Lösungen beteiligt werden. Zur Debatte gehört auch die Frage, was ein gutes Leben bedeutet. Und auch die Erforschung der Auswirkungen der Transformation ist wichtig, um Ängste zu nehmen und die Politik zu überzeugen. Und es braucht einen Diskurs mit dem globalen Süden.

Es braucht einen Wandel zu einer Gesellschaft, die mit weniger auskommt und ein gemeinschaftliches Leben unterstützt. Ein Wandel kann nur durch viele unterschiedliche Strategien und Akteure bewirkt werden. Außerdem braucht es eine Regionalisierung, Kooperation, Solidarität und kreative Lösungen und Strategien. Es ist wichtig Antworten für die großen sozialen Fragen in einer Wirtschaft ohne Wachstum zu finden. Hier kann zum Beispiel auf andere Länder geschaut werden, was für Lösungen dort gefunden wurden und ob und wie diese auf Deutschland übertragen werden könnten.

Wir hoffen, dass durch diese Broschüre deutlich wurde, wo noch Handlungsbedarf besteht und wo es bereits gute Ansätze und Alternativen gibt, die nur ausprobiert werden müssen. Hier ist Lobbyarbeit nötig, um diese in den Mainstream zu bekommen.

## 6 Literaturverzeichnis

- Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. [Hauptgutachten] (2011). Berlin: Wiss. Beirat d. Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Welt im Wandel).
- Wohlstand ohne Wachstum? (2012). In APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (27-28), pp. 1–64.
- D'Alisa, Giacomo; Demaria, Federico; Kallis, Giorgios (2016): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. Deutsche Erstausgabe. München: oekom verlag.
- Fatheuer, Thomas (2011): Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Ökologie, Bd. 17).
- Fischer, Corinna; Grießhammer, Rainer; Barth, Regine; Brohmann, Bettina; Brunn, Christoph; Heyen, Dirk Arne et al. (2013): Working Paper: Mehr als nur weniger. Suffizienz: Begriff, Begründung und Potenziale. Öko-Institut Working Paper 2/2013. Öko-Institut e. V.
- Foth, Heidi; Calliess, Christian; Hohmeyer, O.; Holm-Müller, Karin; Niekisch, Manfred; Schreurs, Miranda; Faulstich, Martin (2012): Umweltgutachten 2012: Verantwortung in einer begrenzten Welt. Juni 2012. Mit Unterstützung von: Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU). Berlin: E. Schmidt (Umweltgutachten, 2012).
- Graness, Anke (2014): Ubuntu – Afrikanischer Humanismus oder postkoloniale Ideologie? Zu: Leonhard Praeg: A Report on Ubuntu. In polylog – Zeitschrift für Interkulturelles Philosophieren 31, pp. 85–93. Online verfügbar unter: [http://www.polylog.net/fileadmin/docs/polylog/31\\_rez\\_Graness\\_Ubuntu.pdf](http://www.polylog.net/fileadmin/docs/polylog/31_rez_Graness_Ubuntu.pdf), Stand: 8/8/2016.
- Hauff, Michael von (2015): Wachstum. Die Kontroverse um nachhaltiges Wachstum. neue Ausg. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale f. polit. Bild (Forum hlz).
- Hoffmann, Ulrich (2015): Can Green Growth Really Work? Can Green Growth Really Work and what are the True (Socio-)Economics of Climate Change? Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.
- Jackson, Tim (2009): Prosperity without growth. Economics for a finite planet. London, New York: Earthscan.
- König, Florenz (2015): Zwischen Hochschule und Zivilgesellschaft. Eine andere Welt braucht eine andere Bildung. In ZEP – Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 38 (3), pp. 17–22, Stand 30/5/2016.
- Le Monde diplomatique, Le Monde (Ed.) (2015): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr. Mit Unterstützung von: Barbara Bauer, Dorothee D'Aprile, Sabine Jainski, Niels Kadritzke, Steffen Liebig, Petra Thorbrietz. 1. Aufl. Berlin: TAZ (Kolleg Postwachstumsgesellschaften).
- Linz, Manfred (2006): Was wird dann aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. In Wuppertal Papers (157), pp. 1–30.
- Müller, Sebastian (2007): Die Afrikanische Renaissance. Neuer Aufbruch unter der Führung Südafrikas? Dissertation. Universität der Bundeswehr, Hamburg. Wirtschafts- und Organisationswissenschaften. Online verfügbar unter: <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/binary/DELNVL6G57JDOU65G33CUPDF33V6INOU/full/1.pdf>, Stand: 8/8/2016.

- Nachtwey, Oliver (2014): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. 1. Aufl., neue Ausg. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2682).
- Pfaff, Tobias (2011): Das Bruttonationalglück aus ordnungspolitischer Sicht – eine Analyse des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems von Bhutan. In RatSWD Working Paper Series (182), pp. 1–30. Online verfügbar unter:  
[http://www.ratswd.de/download/RatSWD\\_WP\\_2011/RatSWD\\_WP\\_182.pdf](http://www.ratswd.de/download/RatSWD_WP_2011/RatSWD_WP_182.pdf), Stand: 8/8/2016.
- Rosa, Hartmut: Von der beschleunigten zur resonanten Weltbeziehung – Forschungsstrategie und Forschungsfragen für das "Postwachstumskolleg" (Jena) 2013-2015.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut; Celikates, Robin (2013): Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer Kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. 1. Aufl., [Originalausg.]. Berlin: Suhrkamp.
- Santarius, Tilman (2014): Der Rebound-Effekt. Ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation. In GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 23 (2), pp. 109–117. DOI: 10.14512/gaia.23.2.8.
- Schneidewind, Uwe; Zahrnt, Angelika (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München: oekom.
- Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis-Verl. (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87).

### **Sie fanden diese Publikation interessant?**

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

**Spendenkonto:** BIC/Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 212300

**Spenden per SMS:** Stichwort „Weitblick“ an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

**Mitgliedschaft:** Werden Sie Fördermitglied (Mindestbeitrag 60 Euro/Jahr) oder stimmberechtigtes Mitglied (ab 150 Euro/Jahr, Studierende ab 120 Euro/Jahr) bei Germanwatch. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter:

[www.germanwatch.org/de/mitglied-werden](http://www.germanwatch.org/de/mitglied-werden)

Wir schicken Ihnen das Anmeldeformular auf Anfrage auch gern postalisch zu:  
Telefon: 0228/604920, E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

# Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

## **Bankverbindung / Spendenkonto:**

Bank für Sozialwirtschaft AG,  
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,  
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)** oder bei einem unserer beiden Büros:

## **Germanwatch – Büro Bonn**

Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

## **Germanwatch – Büro Berlin**

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin  
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



**Hinsehen. Analysieren. Einmischen.**

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.